

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung



1/2024

ERSTICKEN WIR IM PLASTIK?

LÖSUNGEN FÜR EIN GLOBALES
PROBLEM GESUCHT

REDUKTION UND MEHRWEGSYSTEME ZUERST!

Warum wir die Plastikkrise ernst nehmen müssen und wie wir Wege aus ihr herausfinden

› Seite 2

WER KÜMMERT SICH UM EUREN PLASTIKMÜLL?

Ein Einblick in das Leben von Müllsammler:innen in Indien

› Seite 5

WIE STEHT ES UM DAS GLOBALE PLASTIK- ABKOMMEN?

Verhandlungen zwischen Reduktionsforderungen und Lobbyeinfluss

› Seite 20

WO STEHEN WIR BEIM EUROPÄISCHEN GREEN DEAL?

Zwischenfazit an der Zehn-Kilometer-Marke beim Marathon der sozial-ökologischen Transformation

› Seite 36

ISSN 1864-0982

RUNDBRIEF 1/2024

PLASTIK

SCHWERPUNKT

Reduktion und Mehrwegsysteme zuerst!

Warum wir die Plastikkrise ernst nehmen müssen und wie wir Wege aus ihr herausfinden
Kristin Funke und Annette Kraus

Wer kümmert sich um euren Plastikmüll?

Ein Einblick in das Leben von Müllsammler:innen in Indien
Tripti Arora

Was hat Plastik mit Gender zu tun?

Ein öko-feministischer Blick auf die Plastikkrise
Johanna Hausmann

Wir schicken ihnen Vitamine und sie schicken Abfall und Gift

Das Handicap der EU beim Plastikmüll
Sedat Gündoğdu

Mehr Plastik als Fische im Netz

Wie thailändische Kleinfischer:innen der marinen Plastikflut mit einem Circular-Economy-Ansatz begegnen
Steve Trent

Alle gleich?

Das Beispiel der sogenannten Cancer Alley in den USA zeigt, Plastik macht krank, aber nicht alle in gleichen Maßen
Redaktionsteam des Rundbriefs

Wie steht es um das globale Plastik-Abkommen?

Verhandlungen zwischen Reduktionsforderungen und Lobbyeinfluss
Alexandra Caterbow

Differenziert statt pauschal

Der Diskussion um eine Plastikwende fehlt es an entwicklungspolitischen Perspektiven
Prof. Dr. Henning Wilts

Gemeinschaften stärken, eine widerstandsfähige Bewegung aufbauen

Ansätze der #BreakFreeFromPlastic-Mitglieder zur Lösung der Plastikverschmutzungskrise
#BreakFreeFromPlastic-Bewegung

Ein Recht auf Mehrweg – für alle!

Poolfähige Mehrwegverpackungen sollten Allgemeingut werden
Janine Korduan

Schwerpunktpublikationen

2

5

8

11

14

17

20

23

26

29

AKTUELLES

Auf Umwegen zur Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie 33

Was bleibt auf der Strecke?
Anika Bender

Wo stehen wir beim europäischen Green Deal? 36

Zwischenfazit an der Zehn-Kilometer-Marke beim Marathon der sozial-ökologischen Transformation
Elena Hofmann

Neue rechtliche Knebel für Öko- und Vielfalts-Saatgut? 39

Mit der Entfesselung von Genschere und einer EU-weiten, möglichst ausnahmslosen Vereinheitlichung des Saatgutrechts wollen die Agrarkonzerne ihre Geschäftsmodelle an den Nachhaltigkeitszielen vorbei retten
Dr. Susanne Gura

Das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt 42

Von der Anerkennung zur rechtlichen Verbindlichkeit
Luzie Struchholz

AUS DEM FORUM

Deutsche Ignoranz going global? 45

Multilaterale Wirtschafts- und Finanzpolitik in wirren Zeiten
Wolfgang Obenland

Neustart für ein nachhaltiges Chemikalienmanagement? 48

Errungenschaften und Hürden des neuen Global Framework on Chemicals
Tom Kurz

Bäume fallen für den Klimaschutz? 51

Holzöfen – die heimeligen Luftverpester
László Maráz

Publikationen aus dem Forum



Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im August 2024.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 920, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, Twitter: @ForumUE **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Tom Kurz **MITARBEIT:** Antonia Benterbusch **LEKTORAT:** Marion Busch **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Markus Spiske/Unsplash **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 12. Februar 2024

Die dargestellten Inhalte und Positionen liegen in der Verantwortung der jeweiligen Autor:innen und geben nicht zwingend Standpunkte des Forums, seiner Mitglieder oder Förderer wieder.

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

wir leben mittlerweile in einer Welt, in der die Menge des produzierten Plastiks das Gewicht von allen Menschen und Tieren auf dem Planeten deutlich übersteigt. Kein Bereich unseres Lebens ist frei von Plastik und auch in der Umwelt sind deutlich die Spuren der steigenden Plastikproduktion zu sehen. Manche Wissenschaftler:innen definieren daher das jetzige Erdzeitalter bereits als Plastozen. Und obwohl wir schon jetzt eklatante Auswirkungen durch die enorme Produktion und Nutzung auf Mensch und Umwelt spüren, ist ein weiteres Wachstum der Plastikproduktion prognostiziert.

Neben dem Klimawandel ist die Verschmutzung mit Plastik eines der am meisten diskutierten umweltpolitischen Themen. Nicht erst seitdem die Umweltversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2022 beschlossen hat, ein internationales und rechtlich bindendes Plastikabkommen zu verhandeln. Bereits davor waren Bilder von ländergroßen Plastikstrudeln in den Ozeanen und verendeten Tieren, deren gesamter Mageninhalt aus Plastik bestand, bekannt. Wir haben schon einiges erreicht in der Debatte um Plastik und die Verschmutzung unseres Planeten. Lange fokussieren wir uns schon nicht mehr „nur“ auf die Verschmutzung von Küsten und Meeren mit Plastikabfällen, sondern es rücken immer mehr soziale und ökologische Probleme, die mit der Produktion und Nutzung von Plastik einhergehen in den Fokus.

Das Forum Umwelt und Entwicklung ist im letzten Jahr dem zivilgesellschaftlichen Bündnis Exit Plastik beigetreten. Zeit für uns, das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten und vor allem auch die entwicklungspolitische Komponente der Plastikkrise mehr in den Fokus zu rücken. Der vorliegende Rundbrief macht ein Spannungsfeld auf, das sehr weit reicht. Von einer umfassenden Problembeschreibung, bei der wir vor allem verschiedenen betroffenen Communities Platz einräumen und aufzeigen, wie sehr die Verschmutzung der Erde mit kolonialen und rassistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen verknüpft ist, hin zu der Frage, wie wir bestimmte Nachhaltigkeitsziele ohne Plastik überhaupt erreichen können. Ganz ohne Plastik wird es nicht gehen, jedoch ist die Menge des produzierten Materials und wie wir das Plastik nutzen, zu hinterfragen. Auch die Lösungsansätze bewegen sich in einem Spannungsfeld, da sie die bestehenden Probleme der Plastikverschmutzung bewältigen und gleichzeitig das Übel an der Wurzel packen, als auch die Quelle der Verschmutzung bekämpfen müssen. Ohne einen gesamtgesellschaftlichen Wandel, werden wir hier jedoch immer nur neuen Scheinlösungen begegnen.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht



Tom Kurz



Muhammad Numan/Unsplash

REDUKTION UND MEHRWEGSYSTEME ZUERST!

Warum wir die Plastikkrise ernst nehmen müssen und wie wir Wege aus ihr herausfinden

Die Produktion und Nutzung von Plastik hat in den letzten 75 Jahren so stark zugenommen, dass das Material mittlerweile ein eigenes Zeitalter definiert. Wir leben im Plastrozän mit allen Fortschritten, die uns der Kunststoff brachte, aber auch den unzähligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt. Aktuelle Trends sagen eine enorme Steigerung der Produktion voraus, obwohl schon jetzt klar ist, dass Plastik unseren Planeten vermüllt. Ein „Weiter so“ wie bisher kann es nicht geben.

Die enormen Ausmaße der Plastikkrise sind überall sichtbar: Plastik ist im Wasser, in der Luft, im Boden, in Nahrungsmitteln und in den meisten Lebewesen nachweisbar. Der Kunststoff wird erst seit ca. 75 Jahren produziert, ist aber inzwischen in jeden Winkel des Planeten vorgedrungen, vom Marianengraben bis zum Mount Everest. Seit 1950 wurden insgesamt ungefähr 12 Milliarden Tonnen¹ Plastik produziert. Im Vergleich dazu: Das Gewicht aller heute lebenden Menschen und Tiere beträgt ca. 4 Milliarden Tonnen.

Angesichts der Dimension der Plastikverschmutzung und der globalen Abhängigkeit von diesem Material sprechen manche bereits vom Plastoän, dem Plastikzeitalter. Ein Aspekt, der den Stoff in manchen Bereichen nützlich macht, ist genau das Problem: Plastik ist langlebig und baut sich nicht ab. Stattdessen zerfällt es in immer kleinere Teile, Mikro- und Nanoplastik, das sich überall ansammelt und sogar die menschliche Plazenta durchdringen und die Blut-Hirn-Schranke überwinden kann. Entlang des gesamten Lebenszyklus der Substanz, von der Produktion bis zur Entsorgung, werden klimaschädliche Emissionen und schädliche Chemikalien freigesetzt. Denn mehr als 99 % der Kunststoffe werden in chemischen Prozessen aus Erdöl und Erdgas oder auch Kohle hergestellt, denen verschiedene, häufig gesundheitsgefährdende Chemikalien beigemischt werden.

Wer treibt die Produktion an?

Die fossile und die petrochemische Industrie sind eng miteinander verknüpft und investieren Milliarden in die Ausweitung der Plastikproduktion. Multinationale Konzerne wie Exxon Mobil, ENI, BASF und INEOS fahren jährlich Gewinne in Milliardenhöhe ein. Daher verwundert es wenig, dass die Plastikproduktion in den kommenden Jahren noch um bis zu 40 % gesteigert werden soll. Billig gefracktes Erdgas treibt den massiven Ausbau der Plastikinfrastruktur in den USA und anderswo an. Schätzungen zufolge werden petrochemische Produkte bis 2050 die Hälfte des Wachstums der globalen Ölnachfrage² ausmachen und die Plastikproduktion für insgesamt 20 % des Öl- und Gasverbrauchs verantwortlich sein³. Das hat dramatische Auswirkungen auf das Klima, denn auf diesem Kurs wird Plastik allein zwischen 10 und 13 % des globalen Kohlenstoffbudgets⁴ bis 2050 verbrauchen.

Die Verpackungsindustrie ist einer der größten Abnehmer von Kunststoffen. Verpackungen machen mit mehr als einem Drittel den höchsten Anteil der Plastikprodukte weltweit aus, die meisten davon sind Einwegverpackungen und nur extrem kurz in Gebrauch, bevor sie im Müll landen. Riesige Konsumgüterkonzerne wie Coca Cola, Nestlé und PepsiCo u.a. beziehen allesamt Verpackungen von Herstellern, die von der fossilen Plastikindustrie mit Kunststoffgranulat und petrochemischen Produkten versorgt werden. Sie treiben die gigantische Expan-

sion der Plastikproduktion voran und überfluten den Planeten mit Unmengen an Plastikmüll.

2019 wurden weltweit über 465 Millionen Tonnen Plastik produziert, bereits doppelt so viel wie im Jahr 2000. Seit 2020 ist die Produktion von Einwegprodukten auch dank der Covid-Pandemie weiter explodiert. Analysten der petrochemischen Industrie identifizierten vier Covid-Nachfragetreiber: (Einweg-)Lebensmittelverpackungen, Verzögerungen bei Verboten von Plastiktüten, Online-Shopping sowie Hygiene und Medizin. Die expandierende Plastikproduktion verursacht unweigerlich immer mehr Plastikmüll. Laut einer Studie wird sich die Menge der weltweiten Kunststoffabfälle bis 2060 fast verdreifachen⁵. Seit 1950 wurden global mehr als 8 Milliarden Tonnen Plastikmüll produziert. Während nur 11 % davon recycelt und 15 % verbrannt wurden, sind 74 % in der Umwelt und auf Deponien gelandet. Dieser Trend setzt sich fort. Die Plastikverschmutzung unserer Ökosysteme verringert nicht nur deren Fähigkeit, sich an den Klimawandel anzupassen, sondern trägt auch erheblich zum Verlust von Biodiversität bei und zieht unzählige Arten in Mitleidenschaft.

Recycling als drittbeste Option

Ist mehr Recycling die Lösung? 2019 wurden laut OECD weltweit nur 9 % Plastik recycelt. Plastikrecycling ist kein einfaches Unterfangen. Viele Plastikverpackungen bestehen aus Verbundstoffen, die nicht mehr voneinander zu trennen und somit nicht recycelbar sind. Und die schiere Vielfalt der unterschiedlich nutzbaren Kunststoffe macht es schwierig: Farbstoffe, Zusatzstoffe, unterschiedlichste Zusammensetzungen – ganz so leicht lassen sie sich nicht miteinander verbinden. Und wer möchte schon, dass ein Joghurtbecher Rezyklat enthält, das aus seinem ersten Leben beispielsweise giftige Flammschutzmittel mitbringt? Diese Fragen stellen sich schon beim mechanischen Recycling, das das vorhandene Material nach der Sortierung zur Weiterwendung einschmilzt. Als ein weiteres Verfahren preist die Plastikindustrie die chemische Verwertung sehr stark an. Sie weckt die Hoffnung, dass auch sehr unterschiedliche und verunreinigte Kunststoffe erneut verwendet werden können. Durch chemische Prozesse wie die Pyrolyse oder Gasifizierung werden die Kunststoffe wieder in ihre chemischen Bestandteile (Monomere oder Oligomere) zurückgeführt, aus denen dann erneut Polymere, also Kunststoffe hergestellt werden können. Auch wenn dies vielversprechend klingt, um die Produktion von neuem Primärplastik zu umgehen, wird das Verfahren aus verschiedenen Gründen sehr kritisch gesehen: Es müssen hohe Energiemengen eingesetzt werden, es werden Schadstoffe in die Umwelt entlassen und giftige Reststoffe müssen gehandhabt werden. Die Technologie ist weder weit entwickelt noch in großem Stil marktreif, sodass das herkömmliche mechanische Recycling bei allen genannten

Schwächen für die meisten Plastikabfälle die bessere Option ist.

Recycling ist für Verpackungen aber ohnehin nach Vermeidung und Mehrweglösungen nur die dritte Wahl, auch wenn der Handel das anders sieht. Der Lebensmitteldiscounter Lidl wollte im vergangenen Jahr mit einer Flasche aus 100 % Recyclingmaterial seine Liebe zur Natur beweisen. Man könnte dem Discounter fast dankbar sein, dass er damit eine Welle von Klar- und Richtigstellungen ausgelöst hat: Es ist nicht möglich, Plastik (oder auch andere Materialien) verlustfrei im Kreislauf zu führen. 100 % Recycling heißt daher nichts anderes, als dass (hinzugekauft) PET in den Produktionsprozess eingespeist werden muss – PET, das an anderer Stelle aus Rohmaterialien produziert wird.

Schadstoffe betreffen alle – aber vulnerable Gruppen häufiger und heftiger

Mit den im Plastik – teils mit, teils ohne Absicht – verarbeiteten Schadstoffen kommen wir schon in Kontakt, während wir die Plastikprodukte verwenden. Die sogenannten Ewigkeitschemikalien, die sich in der Umwelt nicht abbauen, beispielsweise per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS), kommen in Kosmetika, Kochgeschirr, Papierbeschichtungen, Textilien und anderen Alltagsgegenständen vor und gelangen so in Böden und ins Trinkwasser und damit in unsere Körper. Schwerwiegende Erkrankungen können die Folge sein. Auch hormonverändernde Chemikalien sind häufig in Plastik enthalten. Keine guten Nachrichten also, insbesondere für Frauen und Mädchen, deren Körper besonders sensibel auf diese Substanzen reagieren.

Plastik wirkt sich in der Tat unterschiedlich auf die Geschlechter aus und soziale Ungleichheiten sowie festgelegte Geschlechterrollen spielen dabei eine wichtige Rolle. Auch im Niedriglohnsektor und in – häufig armen – Gemeinden in der Nähe von petrochemischen Anlagen, Mülldeponien oder Verbrennungsanlagen ist die Exposition gegenüber Toxinen und Schadstoffen hoch, oft mit erheblichen gesundheitlichen Folgen für die Betroffenen. Insbesondere Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit dem Sammeln und Sortieren von Plastikmüll verdienen, sind diesen Risiken stark ausgesetzt. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) warnt davor, dass die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Risiken von Plastik mittlerweile ebenso groß und belastend sind wie die Folgen der Klimakrise, der Verlust von Ökosystemen und die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen.

Wege aus der Plastikkrise

Plastikproduktion und -verbrauch müssen also dringend sinken, die Prognosen gehen jedoch von einer Verdreifachung des Plastikverbrauchs bis 2060 aus. Dabei gibt es bereits viele Lösungsansätze: Mit klugem Design könnten viele Produkte wesentlich langlebiger werden, auch Verpackungen könnten weit

weniger materialaufwendig gestaltet werden. Einwegverpackungen beispielsweise für Kosmetika und Lebensmittel können und müssen durch Mehrwegsysteme ersetzt werden. Wenn diese so harmonisiert sind, dass Verpackungen überall abgegeben werden können, wie wir es in Deutschland beispielsweise von Mineralwasser- und Bierflaschen kennen, werden sie auch genutzt. Viele Produkte könnten auch unverpackt verkauft werden. Aber ohne politische Regulierung wird das nicht gehen und hier liegen gerade große Hoffnungen auf der von den Vereinten Nationen beschlossenen Resolution zu einem globalen Abkommen gegen Plastikverschmutzung. Die Verhandlungen dazu sind noch in vollem Gange, aber wenn es gelingt, ein globales, rechtlich verbindliches Abkommen zu schließen, das am Beginn der Produktionskette von Kunststoffen ansetzt, die beigefügten Chemikalien reguliert und die besonders betroffenen Gruppen einbezieht, könnte die Welt der Lösung ein Stück näherkommen.



Kristin Funke und Annette Kraus

Kristin Funke und Annette Kraus arbeiten im Referat Internationale Umweltpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

- 1 Geyer et al. (2017): Production, use and fate of all plastics ever made.
- 2 International Energy Agency (2018): The Future of Petrochemicals.
- 3 Health Policy Watch (2022): Plastics on Track to Account for % of Oil and Gas Consumption by 2050.
- 4 CIEL et al. (2019): Plastik & Klima. Die versteckten Kosten der Plastikkrise.
- 5 OECD (2022): Global plastic waste set to almost triple by 2060.



UNDP

WER KÜMMERT SICH UM EUREN PLASTIKMÜLL?

Ein Einblick in das Leben von Müllsammler:innen in Indien

Müll und explizit Plastikmüll verursacht ökologische und soziale Probleme in Indien. In diesem Müll leben sogenannte Wastepicker (Müllsammler:innen), die täglich enorm mit diesen Problemen konfrontiert sind. Es gibt aber Initiativen, die nicht nur die Belastung durch Plastikmüll reduzieren, sondern mit innovativen Lösungen gegen die Plastikverschmutzung vorgehen. Sie zeigen mit vielen Beispielen, wie die Bedrohung durch Plastik auf lokaler, regionaler und globaler Ebene zu bewältigen ist.

Jeden Tag lese ich Berichte, in denen Kunststoffe im menschlichen Blut, der Muttermilch, der Plazenta, dem Fruchtwasser und sogar im Fötus nachgewiesen werden. Auch in unseren Lebensmitteln sind sie zu finden. Als Mutter mache ich mir Sorgen, ob ich meinem Kind Plastik zuführe und ob es Alternativen gibt. Wenn ich über Plastik nachdenke, über das Ausmaß der Plastikverschmutzung, die Chemikalien in Plastikprodukten und die enormen Auswirkungen, die sie auf unsere Gesundheit haben, insbesondere auf die gefährdeten Bevölkerungsgruppen – Müllsammler:innen, informelle Recyclende und Gemeinden, die in der Nähe

von Mülldeponien und Abfallbehandlungsanlagen leben, Frauen und Kinder – frage ich mich, warum wir bei etwas versagen, von dem wir seit Jahrzehnten wissen, wie es zu handhaben ist.

Die Verschmutzung von Kunststoffen zieht sich durch den gesamten Lebenszyklus und wirkt sich auf das Meeresleben, die biologische Vielfalt und auch auf die Herstellenden, die Abfallentsorgenden und die Verbrauchenden aus. Am stärksten betroffen von der toxischen Verschmutzung sind Randgruppen, insbesondere Frauen.

Die Menschheit erzeugt seit jeher Abfälle und auch die Methoden der Abfallbehandlung werden

seither praktiziert. Allerdings haben sich Menge und Zusammensetzung der Abfälle im Laufe der Jahre verändert, und wir erzeugen heute mehr Kunststoffabfälle. Entwicklungsländer wie Indien produzieren mehr Bioabfall als anderen Müll, haben aber mit Bergen von ungetrennten Abfällen zu tun: Plastik-, Sanitär-, Elektronik-, Kommunal- und sogar medizinischer Abfall. Nach Angaben des Central Pollution Control Board (CPCB) fallen in Indien jährlich etwa 3,6 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle an, obwohl das Land über spezifische Abfallvorschriften verfügt und mehrere Verbote für Einwegplastik erlassen hat. Im Jahr 2020 wurden 2,9 Millionen Tonnen Plastikabfälle aus der EU importiert.¹

Die Hauptlast zur Beseitigung dieses Müllberges tragen die Müllsammler:innen, darunter Frauen und Kinder, informelle Recyclende und Anwohner:innen. Der informelle Recycling-Sektor ist in Indien riesig. Die Menschen arbeiten größtenteils auf engstem Raum (und in Wohngebieten) ohne angemessene Technologie und persönliche Schutzausrüstung und gefährden für einen geringen Tageslohn die Gesundheit von sich, ihren Familien und die der Gemeinschaft.

Auf einen Spaziergang mit Geeta

Geeta, eine 26 Jahre alte schwangere Frau, geht Hand in Hand mit ihrer dreijährigen Tochter Stuti auf einem großen Berg in Delhi spazieren. Dies ist kein Szenario aus einem Mutter-Tochter-Urlaub, sondern ein Beispiel aus dem Alltag der Müllsammler:innen in Delhi. Geeta und Stuti gehören zu den Tausenden von Menschen, die einen Großteil ihrer Tage damit verbringen, auf den 65 Meter hohen Müllberg der Ghazipur-Mülldeponie in Delhi zu klettern und dort Plastik, Metall und andere wiederverwertbare Abfälle zu sammeln. Viele Menschen leben in dem Gebiet, das von Müllhaufen umgeben ist, die einen schrecklichen Gestank, Rauch, Feuer und schwarzes Wasser verbreiten. Dies ist die Realität vieler Frauen, Kinder und anderer vulnerabler Bevölkerungsgruppen, die tagtäglich damit konfrontiert sind und unter den direkten und indirekten Folgen leiden, z. B. dem Stechen an gebrauchten Spritzen, dem Einatmen giftiger Rauchgase aufgrund von Bränden und anderen gesundheitlichen Auswirkungen wie Entwicklungs-, Fortpflanzungs- und neurologischen Störungen.

Wie wird der Abfall bewirtschaftet?

Die Abfallentsorgung ist durch private Agenturen organisiert, die im Auftrag von Gemeinden oder auch Privatpersonen den Müll abholen. Die Agenturen bringen den Müll zu einer städtischen Deponie. Da es keine wirksamen Behandlungsanlagen oder Mülltrennung gibt, lagern häufig gemischte Abfälle auf den Deponien. Ab hier übernimmt der informelle Sektor. In Indien werden, wie in den meisten Entwicklungsländern, die Abfallströme, einschließlich Kunststoffe, vom informellen oder unorganisierten Sektor bewirtschaftet. Schätzungen zufolge gibt es

in Indien 1,5 bis 4 Millionen Müllsammler:innen, die Abfälle aufsammeln, reinigen, sortieren und recyceln und sie in der Wertschöpfungskette weiterverkaufen. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) definiert den informellen Sektor der Abfallwirtschaft als Einzelpersonen oder Klein- und Kleinstunternehmen, die an der Abfallbewirtschaftung beteiligt sind, ohne registriert zu sein und ohne formell mit der Erbringung von Abfallbewirtschaftungsdienstleistungen beauftragt zu sein. Diese nicht registrierten Gruppen bewirtschaften Abfälle im ganzen Land, vor allem in den städtischen Gebieten, wo das Abfallaufkommen enorm ist, aber kein angemessenes Entsorgungssystem vorhanden ist.²

Das hat soziale Auswirkungen auf diejenigen, die in der Nähe der Mülldeponien leben. Das Kastensystem spielt hierbei eine wichtige Rolle, da vor allem Angehörige niedriger Kasten und einkommensschwacher Gruppen oder bestimmter Kasten, die früher als Unberührbare bezeichnet wurden, in der Regel in der Nähe der Mülldeponie leben und die schmutzige Arbeit des Sammelns ausüben.

Die Lösungen liegen parat

Es gibt zahlreiche inspirierende Geschichten, in denen sich die Müllsammler:innen aus der schmutzigen Arbeit erhoben und etwas Schönes geschaffen haben. Eine Gruppe ist die Frauenorganisation Gulmeher in Delhi. Diese Gruppe sammelt im Müll jetzt Blumen, Stoffe und Papier, um daraus schöne Produkte herzustellen und gleichzeitig den Frauen in der Gegend von Ghazipur ein Einkommen zu verschaffen.

Die Zivilgesellschaft in Indien hat viel Arbeit vor Ort geleistet, indem sie mit Gruppen zusammengearbeitet hat, die aus Einwegplastikabfällen nützliche oder dekorative Materialien herstellen, das Bewusstsein für die Plastikverschmutzung geschärft und über verfügbare Alternativen informiert haben, Strandsäuberungen organisiert haben etc.

Traditionell werden viele Praktiken, mit Plastik umzugehen, von den Gemeinden übernommen. In



In Indien werden, wie in den meisten Entwicklungsländern, die Abfallströme, einschließlich Kunststoffe, vom informellen oder unorganisierten Sektor bewirtschaftet. Schätzungen zufolge gibt es in Indien 1,5 bis 4 Millionen Müllsammler:innen, die Abfälle aufsammeln, reinigen, sortieren und recyceln und sie in der Wertschöpfungskette weiterverkaufen.

vielen Teilen des Landes werden anstelle von Einwegplastikbesteck und -tüten lokale Materialien wie Bagasse, Blätter, Jute und Stoffe verwendet. Frauengruppen, lokale Nichtregierungsorganisationen und weitere Organisationen arbeiten ebenfalls auf kreative Weise an der Bewirtschaftung von Plastikmüll. Die Organisation Conserve India arbeitet z.B. mit weiblichen Flüchtlingen in Delhi zusammen, die Einweg-Plastiktüten verwenden und daraus modische Produkte wie Handtaschen entwickeln.

Es gibt auch zahlreiche Beispiele, in denen die Abfallbewirtschaftung effizienter ist, bspw. in der Stadt Indore. In den letzten sieben Jahren stand Indore auf Platz 1 der saubersten Städte des Landes. Schlicht aus dem Grund, dass die Behörden gewillt sind, etwas zu ändern, und diesen Willen auf die Abfallerzeuger:innen übertragen. Wenn man sich mit der Bevölkerung unterhält, mit den Besitzer:innen von Lebensmittelständen, Müllsammlenden, Lebensmittelgeschäften, Restaurantangestellten, erzählen alle, wie wichtig die Mülltrennung ist und wie man den Müll trennt. Die Stadt hat Einwegplastik verboten und recycelt über 50 % ihres Plastikmülls, um die offene Verbrennung von Plastik zu reduzieren und so die Luftverschmutzung im Ort zu verringern.

Ein weiteres Beispiel stammt aus Alappuzha, einer kleinen Küstenstadt im Bundesstaat Kerala. 2017 schloss die Stadt die örtliche Mülldeponie, trotz Protestes der Anwohner:innen. Als der Müll sich in den Straßen sammelte, beschloss die Stadt, ihn direkt an der Quelle zu bekämpfen. Durch effektive Mülltrennung werden Bioabfälle kompostiert und trockene Abfälle direkt an Recyclingunternehmen weitergeleitet.

Der Weg nach vorne

Das Problem der allgemeinen Abfallbewirtschaftung, einschließlich Kunststoffen, ist vielschichtig und hat nicht nur ökologische, sondern auch soziale Auswirkungen. Die Welt muss die Rolle der marginalisierten Gemeinschaften, insbesondere der

Frauen, anerkennen und sicherstellen, dass sie ihr Menschenrecht auf eine saubere und gesunde Umwelt erhalten. Ein so vielfältiges Land wie Indien hat zwar unterschiedliche Probleme mit der Plastikverschmutzung, bietet aber auch unterschiedliche Lösungen. Alles, was es braucht, ist Anerkennung und Umsetzung auf nationaler Ebene, damit die Gruppen mit Ressourcen ausgestattet werden, um ihre Arbeit unter sicheren Bedingungen fortzusetzen und gleichzeitig das Problem der Plastikverschmutzung anzugehen und zum globalen Kampf für eine plastikfreie Zukunft beizutragen.



Tripti Arora

Tripti Arora ist Koordinatorin für Südostasien und Gender-Koordinatorin beim International Pollutants Elimination Network (IPEN) und arbeitet bei Toxics Link in Indien.

Übersetzt aus dem Englischen von Tom Kurz.

- 1 Philipp Saure (2020): Kehrwende bei Müllexporten? In Welt-Sichten.
- 2 Toxics Link (2020): Single Use Plastic. The last Straw.



Bamban heru/Unsplash

WAS HAT PLASTIK MIT GENDER ZU TUN?

Ein öko-feministischer Blick auf die Plastikkrise

Plastik ist von der Gewinnung fossiler Rohstoffe, über die Weiterverarbeitung und den Gebrauch bis hin zur Verwertung und Entsorgung höchst problematisch. Jede Phase des Plastikzyklus ist durch geschlechtsspezifische Erfahrungen und Betroffenheit, inklusive gesundheitlicher Folgen, gekennzeichnet. Hier spielen biologische Faktoren, gesellschaftliche Normen und Geschlechterrollen eine Rolle. Ein Blick auf den Zusammenhang von Gender und der Plastikproblematik lohnt sich, auch um sozial- und gendergerechte Lösungen zu entwickeln.

Dandora, Kenia: die größte Mülldeponie Afrikas am Stadtrand von Nairobi. Ein riesiger Abfallberg. 15 % Plastikmüll. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen und Kinder, kommen nach Dandora auf der Suche nach Verwertbarem. Auf der Müllkippe herrscht eine Hierarchie: Männer bekommen die besten Waren, Frauen und

Kinder weniger wertvolle. Wilfried ist 24 Jahre alt und „Wastepickerin“ (Müllsammlerin). Sie leidet unter Venenschmerzen und hat ebenso wie viele ihrer Kolleginnen Menstruationsblutungen, die länger als zwei Monate dauern. Ärzt:innen vermuten dahinter hormonelle Ursachen, auch wegen des ständigen Kontakts mit giftigem Rauch und gefährlichen

Schadstoffen im Abfall, die die ganze Gegend ver-seuchen.¹

Plastik: ein Gemisch aus Öl mit giftigen Zusatzstoffen

Zurück zum Anfang: 99 % der Kunststoffe und synthetischen Fasern werden aus Öl und Gas gewonnen. Kaum ein Plastikprodukt besteht nur aus seinen Grundstoffen. Chemische Additive wie Bisphenole, Flammschutzmittel, langlebige Fluorchemikalien (PFAS) und UV-Filter sorgen für gewünschte Eigenschaften. Weichmacher (Phthalate) verwandeln PVC in weiches Material für Fußböden und Planschbecken. Viele Additive sind krebserregend, hormonell wirksam und fruchtbarkeitsstörend. Auch die bewusste Zugabe von Mikroplastik, z.B. in Kosmetikprodukten stellt ein Gesundheitsrisiko dar.

Weil die Stoffe nicht fest im Plastik gebunden sind, reichern sie sich in der Umwelt an und gelangen, meist ohne unser Wissen, über Nahrung, Atmung und Haut in den Körper. Die Wissenschaft verknüpft Schadstoffe, besonders hormonell wirksame endokrine Disruptoren (EDCs), mit der Entstehung von Diabetes, Brust- und Hodenkrebs, neurologischen Schäden und Fruchtbarkeitsstörungen.

Wir alle sind mit Plastik-Chemikalien belastet, in Europa² und weltweit. Hier hat das Risikomanagement versagt. Besonders betroffen sind Menschen mit niedrigerem sozio-ökonomischem Status wie Communities of Color, andere marginalisierte Gruppen und Frauen. Welche Faktoren bedingen diese (gender-)spezifischen Belastungsunterschiede?

Menschen sind unterschiedlich

Biologische Faktoren führen zu geschlechtsspezifischen Belastungen mit Plastik-Schadstoffen. Frauen haben dünnere Haut, wodurch Chemikalien leichter in den Körper gelangen. Aufgrund ihres höheren Gewebefettanteils reichern sich fettlösliche Chemikalien wie Weichmacher stärker an. Frauen reagieren sensibler auf Schadstoffe, besonders während hormongesteuerter Lebensphasen wie Pubertät, Monatszyklus, Schwangerschaft, Stillzeit und Menopause. In der Schwangerschaft und Stillzeit gelangt der Chemikalien-Cocktail über die Plazenta und die Muttermilch zum Kind, was gesundheitliche Folgen haben kann. Studien zeigen, dass Plazenten und Muttermilch mit Plastikschadstoffen belastet sind.³ Diese besonderen biologischen Dispositionen müssen bei der Risikobewertung, bei Schutzmaßnahmen und in der Politik Beachtung finden.

Geschlechterspezifische Unterschiede am Arbeitsplatz

Schadstoffe sind für alle Menschen eine Gefahr. Ein Blick auf die Geschlechterverhältnisse des globalen Arbeitsmarkts zeigt jedoch, dass Frauen häufig in chemie- und kunststoffintensiven Industrien arbeiten, mit langen Arbeitszeiten, wo sie schlecht bezahlt und hohen Schadstoffbelastungen schutzlos

und unwissend ausgesetzt sind. 70 % der Beschäftigten in der Textil- und Schuhindustrie weltweit sind Frauen. In den Fabriken sind sie permanent synthetischen Stoffen wie Acryl, Nylon und hochgiftigen Farbstoffen ausgesetzt. Auch in Bereichen wie der Pflege- und Hausarbeit ist der Frauenanteil hoch. Hier sind sie in ständigem Kontakt mit Chemikalien, z.B. in Reinigungsmitteln und Produkten wie Plastikhandschuhen. Frauen führen allerdings gesundheitliche Beschwerden selten auf die giftigen Plastik-Chemikalien zurück. Dazu fehlen ihnen die Informationen und damit das Bewusstsein für die Gefahr. Aufklärung ist daher sehr wichtig.

Gender, Konsum und Plastik

Einige Produkte mit hohem Kunststoffanteil werden bevorzugt von Frauen genutzt und setzen sie überproportional Gesundheitsrisiken aus. Menstruationsprodukte z.B. können bis zu 90 % aus Rohölkunststoffen bestehen und hormonell wirksame EDCs Bisphenol A und Bisphenol S enthalten. Frauen benutzen im Leben 125 bis 200 Kilogramm dieser Produkte. Die Nachfrage nach schadstofffreien, wiederverwertbaren Produkten wächst und fordert den Markt, diese bereitzustellen. Auch Kosmetika sind eine Quelle für Plastik-Schadstoffe. Sie enthalten bis zu 100 synthetische Chemikalien, viele sind gesundheitsschädlich. Frauen verwenden täglich doppelt so viele Produkte wie Männer. Dahinter stehen oft sozial konstruierte und von Industrie und Werbung geförderte Schönheitsnormen. Konsumverhalten kann Produktionspolitik beeinflussen. Für informierte Kaufentscheidungen braucht es jedoch eine verständliche Kennzeichnungspflicht für Schadstoffe in Produkten, wofür die Politik sorgen muss.

Am Ende des Zyklus: Abfallmanagement und Entsorgung gendergerecht?

Zurück in Dandora: Die Endphasen des Plastik-Lebenszyklus sind ein globales, eng mit bestehenden sozialen Ungleichheiten verknüpftes Problem. In ärmeren Ländern ist die Müllbeseitigung eine wichtige Einkommensquelle. Auch hier bleibt Frauen oft der Zugang zu den formalisierten, höher angesehenen Tätigkeiten und zu „besserem“ Plastik, z.B. PET verwehrt. Häufig sind sie rassistischen, sexistischen und sozialen Ausgrenzungen ausgesetzt. Millionen von Müllsammlerinnen wie Wilfried, häufig Frauen und Kinder ärmster Bevölkerungsschichten, verdienen an einem hochtoxischen Arbeitsplatz nicht selten das gesamte Familieneinkommen und riskieren ihre Gesundheit. Um z.B. an wertvolles Kupfer zu gelangen, verbrennen sie PVC-beschichtete Drähte. Dies setzt fortpflanzungsschädigende Dioxine frei, die Geburtsfehler und Krebs erzeugen können. Viele Müllsammler:innen werden keine 30 Jahre alt.

Frauen als Agents of Change

Der Anteil von Frauen, die im informellen Sektor arbeiten, steigt besorgniserregend. Anstrengungen



Frauen und Menschen in vulnerablen Situationen müssen die Norm für Risikobewertungen sein, und die Tatsache, dass wir zahllosen Chemikalien gleichzeitig ausgesetzt sind, muss berücksichtigt werden. Viele Politikmaßnahmen und Regulierungen sind immer noch „genderblind“.

für den Übergang zu sichereren und gesünderen Arbeitsplätzen sind dringend notwendig. Bei Studien von WECF u.a. in Kenia trafen wir viele Frauen, die aktiv mit viel Expertise und Mut gegen die Plastikbedrohung vorgehen. Sie gründen Unternehmen für schadstofffreie, natürliche Alternativen für Lebensmittelverpackungen, trainieren Frauen, sich gegen sexuelle Belästigungen zu wehren, unterstützen Wastepickerinnen dabei, sich in Gewerkschaften zu organisieren und schaffen Zugang zu Bildung. Solche Maßnahmen müssen auch von staatlicher Seite unterstützt werden, damit Frauen endlich gleichberechtigt in der Gesellschaft sind.

Die Plastikkrise ist eine der größten ökologischen Herausforderungen unserer Zeit. Sie untergräbt das Menschenrecht auf eine gesunde Umwelt und manifestiert Geschlechterungleichheiten und Diskriminierung.⁴ Um sie effektiv zu bekämpfen, müssen Umwelt-, Gesundheits-, Gender- und intersektionale Aspekte miteinander verbunden werden und weibliche Erfahrungen und Bedürfnisse paritätisch einfließen. Frauen haben jedoch oft erschwerten Zugang zu Ressourcen, Finanzmitteln und sozialer Absicherung. Ihre Mehrfachbelastung durch unbezahlte Betreuungs- und Hausarbeit ist eine Hürde für Bildungserwerb und öffentliche Teilhabe. Noch sind sie dadurch in wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen unterrepräsentiert, was verhindert, dass sie ihre Perspektive einbringen. Wir setzen uns dafür ein, das zu ändern, denn wir wissen, dass es auch für die Lösung der Plastikkrise essenziell ist.

Eine gendergerechte Plastikpolitik

Wir brauchen eine gendergerechte Plastikpolitik, die allem voran der rasant zunehmenden Produktion von Plastik Einhalt gebietet, die auf Grundlage des Vorsorgeprinzips den Einsatz gefährlicher Chemikalien entlang des ganzen Lebenszyklus von Plastik verbietet und die endlich die Verursacher für Schäden ihrer profitorientierten Unternehmenspolitik zur Kasse bittet. Frauen (und Kinder) und Menschen in vulnerablen Situationen müssen die Norm für Risikobewertungen sein, und die Tatsache, dass wir zahllosen (Plastik-) Chemikalien gleichzeitig ausgesetzt sind, muss berücksichtigt werden. Viele

Politikmaßnahmen und Regulierungen sind immer noch „genderblind“. Das derzeit verhandelte globale Abkommen zur Beendigung der Plastikverschmutzung bietet eine Chance, Genderaspekte zu integrieren.⁵ Frauen müssen auf allen Entscheidungsebenen des Prozesses gleichberechtigt beteiligt sein, geschlechtsspezifische Daten erforscht und zugänglich gemacht werden. Es braucht Finanzierungsmechanismen, die bei der Umsetzung des Abkommens die gleiche Teilnahme von Frauen in Politikprozessen und Projekten gewährleisten. Die Schaffung eines Gender-Aktionsplans kann dafür die Grundlage sein.



Johanna Hausmann

Johanna Hausmann ist Senior Policy Advisor und Koordinatorin der Abteilung Chemikalien und Gesundheit für Women Engage for a Common Future (WECF).

Disclaimer:

„Frauen“ und „Männer“ meint die binäre biologische Kategorie mit ihren genetischen Unterschieden hinsichtlich ihrer körperlichen Beschaffenheiten. Die hier beschriebenen Inhalte könnten auch andere Geschlechter bzw. Geschlechtsidentitäten betreffen. Hierfür liegen jedoch keine wissenschaftlichen Erkenntnisse vor. Deshalb betrachten wir hier die spezifische Auswirkungen der Plastikkrise auf Frauen.

- 1 Mehr Information: WECF, 2023. Tackling Toxics. Case studies in Kenia & Tunesia.
- 2 Human Biomonitoring for EU, 2023.
- 3 Campen, Matthew, et al. 2024. Quantitation and identification of microplastics accumulation in human placental specimens using pyrolysis gas chromatography mass spectrometry.
- 4 Heinrich Böll Stiftung, 2023. Globale Plastikverschmutzung stoppen. Feministische Perspektiven für geschlechtergerechte Ansätze zur Eindämmung der Plastikflut
- 5 WECF, 2023. Gender Dimensions in the plastic crisis and a Global Plastic Treaty.



© Environmental Justice Foundation

WIR SCHICKEN IHNEN VITAMINE UND SIE SCHICKEN ABFALL UND GIFT

Das Handicap der EU beim Plastikmüll

Insbesondere der Export von Kunststoffabfällen aus der EU in Nicht-OECD-Länder wie die Türkei ist eine Form des Müll-Neokolonialismus, der zu erheblicher Umweltverschmutzung führt. Nun beschloss die EU, den Export von Kunststoffabfällen in Nicht-OECD-Länder innerhalb von 2,5 Jahren einzustellen. Dies lässt aber Fragen zur Überwachung und zu den Auswirkungen auf OECD-Länder offen. Alternative Exportziele für Kunststoffabfälle, einschließlich möglicher Weiterleitungen in Drittländer durch OECD-Mitglieder sind ebenfalls bedenklich. Die EU muss klare Maßnahmen ergreifen, um den Müllhandel zu beenden und Recycling sowie Entsorgung innerhalb ihrer Grenzen sicherstellen und damit Umweltbelastungen drastisch zu reduzieren.

Im Frühjahr 2021 wurde ich von einem Anruf von İzzettin Yıldırım, einem Landwirt aus dem Dorf Küçükçıldırım in Adana, Türkei, geweckt. Er beschrieb die brennenden Plastikabfälle, die achtlos entlang des Bewässerungskanal seines Dorfes verstreut waren und größtenteils aus Deutschland und dem Vereinigten Königreich stammen. Yıldırım

brachte seine Frustration über die Verschmutzung und den Geruch zum Ausdruck, die durch diese Abfälle verursacht werden, und bat um Unterstützung. Auf meinem Weg in das Dorf passierte ich zahlreiche Recycling-Anlagen und eine der größten Kunststofffabriken des Landes. Ich traf İzzettin und diskutierte mit ihm, während wir die Abfälle untersuchten. Mit

seinen Worten fasste er die Praktiken des Recyclings und des Handels mit Plastikmüll in einem einzigen Satz zusammen: „Wir schicken ihnen Vitamine von hier, und sie schicken uns ihren Abfall und ihr Gift.“ İzzettins Müll-Vitamin-Beziehung könnte eine prägnante Beschreibung des Müll-Neokolonialismus sein, einer neuen Form des klassischen westlichen Kolonialismus. Seit Jahren prägt dieser Kolonialismus die Beziehungen zwischen dem Westen und dem Osten. In Bezug auf Plastik hat sich diese Beziehung in eine Quelle der Umweltverschmutzung verwandelt.¹

Der Müllberg wächst

Seit 1988 hat der weltweite Handel mit Kunststoffabfällen ein erhebliches Wachstum erfahren, wobei die Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland eine entscheidende Rolle bei dieser Expansion spielten. Ursprünglich war China der führende Importeur, bis seine Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Kunststoffabfallströme und der daraus folgende Importstopp zu einer Verschiebung der Handelsdynamik führten und die Türkei zu einem neuen Ziel für Kunststoffabfälle wurde.

Die genauen Auswirkungen des weltweiten Handels mit Kunststoffabfällen auf die Umwelt und deren Verschmutzung sind zwar nach wie vor ungewiss, aber die schiere Menge der im Umlauf befindlichen Kunststoffabfälle lässt auf einen erheblichen Beitrag zur Verschmutzung schließen. Die grenzüberschreitende Zirkulation von Kunststoffabfällen hat den illegalen Handel verstärkt, und kriminelle Organisationen haben in den letzten Jahren erhebliche Gewinne verzeichnet, indem sie die durch das chinesische Verbot verursachten Marktstörungen ausnutzten. Dieser illegale Handel hat allein in der Europäischen Union einen Wert von rund 15 Billionen Euro erreicht.²

Ein politischer Lichtblick?

Bei einem Treffen in Neapel, Italien, 2023 erläuterte ich, warum Europa auf den Export von Plastikmüll verzichten sollte. Dabei kam ein interessanter Dialog mit einem Teilnehmer zustande, der in einer italienischen Behörde für Umweltkriminalität arbeitet. Er erkundigte sich nach meiner Meinung zu dem vorgeschlagenen Gesetz zur Beschränkung der Verbringung von Kunststoffabfällen in der EU. Ich äußerte mich zuversichtlich, dass es zwar kein umfassendes Verbot geben würde, aber Beschränkungen für Nicht-OECD-Mitgliedsländer und einige Regeln für Mitgliedsländer. Er hielt mich jedoch für zu optimistisch. Wie sich herausstellte, hatte er recht, und mein Optimismus blieb unerfüllt. Anstatt ihren Plastikmüll wirksam zu bewirtschaften, entschied sich die EU für eine alternative Option, um die Last zu verlagern, anstatt sie zu bewältigen.

Anfang 2023 einigte sich das Europäische Parlament auf Verhandlungen zur Überarbeitung der EU-Abfallverbringungsverordnung und beschloss,

ein Verbot der Ausfuhr von Kunststoffabfällen in Nicht-OECD- und Nicht-EFTA-Länder vorzuschlagen. Nach mehrmonatigen Verhandlungen und Abschwächungen der Verordnung wurde ein Entschluss gefasst.

Gemäß der neu angekündigten EU-Abfallverbringungsverordnung wird die EU die Ausfuhr von Kunststoffabfällen in Nicht-OECD-Länder innerhalb von 2,5 Jahren einstellen. Außerdem sollen die Verpflichtungen für die Ausfuhr solcher Abfälle in OECD-Länder verschärft werden und es gibt nur noch in Ausnahmefällen eine Erlaubnis, diese in ein anderes EU-Land zu bringen. Während diese Entscheidung für Nicht-OECD-Länder von entscheidender Bedeutung ist, hinterlässt das Fehlen einer ähnlichen Entscheidung für OECD-Mitgliedsländer eine eklatante Lücke. Es ist nicht klar, was die letzten beiden Punkte genau beinhalten. Detaillierte Informationen über die Schutzmaßnahmen für OECD-Länder und die Verbringung von Kunststoffabfällen innerhalb der EU liegen in der neuen Verordnung nicht vor. Es ist jedoch klar, dass der Handel mit Kunststoffabfällen eine Form des Kolonialismus³ ist und sofort beendet werden sollte, indem jedes Land einer internationalen Regelung unterworfen wird, wonach es seinen eigenen Abfall selbst verwaltet.

Der Schlüssel, um die Vereinbarungen zu erreichen, sind die Verpflichtungen und der Überwachungsmechanismus zu ihrer Kontrolle. Wenn der derzeitige Überwachungsansatz unverändert bleibt, hat er keine positive Bedeutung für die Türkei, sondern stellt sogar ein erhebliches Risiko dar. Wir wissen, dass die Überwachung in China nicht funktioniert hat. Es bleibt abzuwarten, was genau getan wird, insbesondere in einem Land wie China, einem der autoritärsten Länder der Welt, das in der Lage ist, fast jeden fliegenden Vogel zu überwachen. Ganz zu schweigen davon, dass der Skandal, der durch die Inspektion der Unternehmen 2B-3B Plast durch Deutschland⁴ ausgelöst wurde, in einem Umfeld stattfand, in dem Inspektionen durchgeführt wurden, wobei behauptet wurde, dass die Unternehmen von vorne und hinten überwacht würden. Das Vorhandensein von Überwachungsmechanismen ist



Der Export von Abfällen in ein anderes Land, das seine Abfallentsorgungsinfrastruktur noch nicht organisiert hat, ist inakzeptabel und muss verhindert werden.

also nicht so entscheidend wie das, was sie bewirken. Die Funktionsweise des derzeitigen Überwachungsmechanismus ist höchst verdächtig. Woher wissen wir das? Wir wissen es aus dem Recyclingsektor in der Türkei, der angeblich ständig überwacht wird, in dem es aber jeden Monat 10-15 Brände gibt, ohne dass irgendwelche Präventivmaßnahmen ergriffen werden.⁵

Was passiert mit dem Müll, wenn er nicht mehr exportiert wird?

Die EU ist die Region mit dem höchsten Pro-Kopf-Aufkommen an Kunststoffabfällen und damit der weltweit größte Exporteur solcher Abfälle. Im Jahr 2022 verschickte die EU mehr als eine Million Tonnen Kunststoffabfälle, 33 % davon allein in die Türkei. Diese Menge entspricht etwa 400.000 Tonnen und stimmt mit der Menge an Kunststoffabfällen überein, die in der Türkei im Inland gesammelt wurde. Der Export von Abfällen in ein anderes Land, das seine Abfallentsorgungsinfrastruktur noch nicht organisiert hat, ist inakzeptabel und muss verhindert werden.

Die EU-Verordnung wirft eine wichtige Frage auf: Was wird mit den rund 700.000 Tonnen Kunststoffabfällen geschehen, die die EU in Nicht-OECD-Länder schickt? Hier gibt es mehrere Möglichkeiten:

- » Er wird innerhalb der EU entsorgt, oder
- » er wird direkt an neue Recycler in der Türkei geschickt, oder
- » er wird in andere OECD-Mitgliedsländer verschickt und dann in Drittländer weitergeleitet.

Die erste Option sollte gewählt werden, aber derzeit sind die Aussichten dafür gering, oder zumindest scheint die EU nicht solche Absichten zu haben. Wenn dies der Fall wäre, wäre ein vollständiges Verbot verhängt worden. Die beiden anderen Optionen sind wahrscheinlicher. Ein geplantes Zollbefreiungsabkommen zwischen der EU und lateinamerikanischen Ländern umfasst beispielsweise auch Kunststoffabfälle. Vor allem Chile und Mexiko sind in dieser Hinsicht Zielländer. Ein weiteres OECD-Zielland ist die Türkei. Damit könnte

die Türkei möglicherweise zu einem zweiten China aufsteigen, was keineswegs eine gute Nachricht ist.



Sedat Gündoğdu

Sedat Gündoğdu ist Professor an der Forschungsgruppe für Mikroplastik der Cukurova-Universität, Adana in der Türkei.

Aus dem Englischen übersetzt von Antonia Benterbusch.

- 1 Gündoğdu and Walker (2021). Why Turkey should not import plastic waste pollution from developed countries?
- 2 Comolli (2022). Plastic for profit: Tracing illicit plastic waste flows, supply chains and actors | Global Initiative. Global Initiative.
- 3 Liboiron 2018. Waste colonialism.
- 4 Jacqueline Goebel (2021): Deshalb vergammelt deutscher Hausmüll in der Türkei. In WirtschaftsWoche.
- 5 Hurriyet, (2023). Fires in recycling plants caused by negligence: Expert.



© Environmental Justice Foundation

MEHR PLASTIK ALS FISCHER IM NETZ

Wie thailändische Kleinfischer:innen der marinen Plastikflut mit einem Circular-Economy-Ansatz begegnen

Vor Thailands Küste offenbart sich ein erschütterndes Bild: Die einst klaren, artenreichen Gewässer sind von Plastikmüll übersät. Besonders alarmierend ist die Menge an verloren gegangenen oder zurückgelassenen Fanggeräten, die die Meeresfauna und den Fortbestand der traditionellen Fischerei gefährden. Das Projekt „Net Free Seas“¹ (Netzfrie Meere) der Environmental Justice Foundation (EJF) setzt dem einen gemeinschaftsbasierten Circular-Economy-Ansatz entgegen und befähigt Kleinfischer:innen, das Problem nutzbringend anzugehen.

Mit etwa 23.000 Tonnen Plastikmüll, die jährlich in den Ozean gelangen, gehört Thailand zu den Ländern, die weltweit am meisten mit maritimer Plastikverschmutzung kämpfen. Die Folgen

sind verheerend. Etliche Meerestiere verenden an den Auswirkungen der Plastikaufnahme und die Fischerei leidet massiv. Kleinfischer:innen berichten, dass inzwischen mehr Plastikteile als Fische in ihren Netzen landen.² Der dras-

tische Rückgang der Fischpopulationen und die zunehmende Verschmutzung der Gewässer stellen die Fischergemeinden vor existenzielle Probleme. Sie sind von wirtschaftlichen Verlusten und Verarmung bedroht.

Tödliche Fallen im Meer

Eine tückische Form des Abfalls sind im Meer treibende „Geisternetze“, die zur Falle für Meerestiere werden. In den Netzen verfangen, verenden die Tiere häufig elendig. Zudem verheddern sich Netze in Bootspropellern, was schwere Unfälle nach sich zieht. In Thailand, einem Land mit reicher mariner Biodiversität, sind die Auswirkungen der treibenden Todesfallen verheerend. Die Abteilung für Meeres- und Küstenressourcen des thailändischen Umweltministeriums geht in ihrem Jahresbericht 2022 davon aus, dass die größte Bedrohung für seltene Arten durch Meeresabfälle von verlorengegangenen oder zurückgelassenen Fangnetzen, Seilen und Weichplastikteilen ausging; im gleichen Zeitraum stammte in vier der fünf meistverschmutzten Provinzen der Großteil der auf Riffen gefundenen Abfälle aus der Fischerei.³

Das Projekt „Net Free Seas“: Recycling alter Fischernetze

Das „Net Free Seas“-Projekt hilft, die Menge an Fischernetzen in den Weltmeeren zu reduzieren: Durch Aufklärungsarbeit wird das öffentliche Bewusstsein für die Küsten- und Meeresverschmutzung durch Plastik geschärft; gleichzeitig werden lokale Infrastrukturen aufgebaut sowie Handlungsempfehlungen für Verantwortliche auf Regierungsebene erarbeitet. Das Projekt entstand 2020, nachdem sich die thailändische Fischereibehörde an die Nichtregierungsorganisation gewandt hatte, die seit 2015 gegen illegale Fischerei und Menschenrechtsverletzungen in Thailand vorgeht. Untersuchungen der EJF zeichnen ein erschreckendes Bild der Ausweglosigkeit, in der sich die örtlichen Akteur:innen angesichts wachsender Müllfluten sehen. Viele Küstendörfer sind vom staatlichen Abfallmanagement ausgeschlossen. Kleinfischergemeinden sind gezwungen, sich selbst um die Entsorgung ausgedienter Fanggeräte zu kümmern – häufig werden diese vergraben, verbrannt oder im Meer zurückgelassen.

Ohne die Gemeinden vor Ort geht es nicht

Die EJF fand ein Recycling-Unternehmen, das zur Zusammenarbeit bereit war, und bat Fischer:innen und Anwohner:innen um Unterstützung, zurückgelassene Netze, Seile und Plastikteile zu sammeln und zu säubern – eine mühsame, zeitaufwendige Arbeit. Meterlange Netze werden von Kleinteilen befreit, gewaschen und getrocknet, bevor sie an die Recycling-Unternehmen verkauft werden, die das Material einschmelzen, um neue Pellets zu gewinnen. Diese arbeitsintensiven Tätigkeiten wurden von Beginn an angemessen entlohnt.

Inzwischen läuft „Net Free Seas“ im vierten Jahr unter Beteiligung von zwei Recycling-Unternehmen. Über 20 Gemeindezentren mit lokaler Koordination und über 500 Fischer:innen und Dorfbewohner:innen haben sich angeschlossen. Insgesamt konnten rund 117 Tonnen an Netzen und anderen Plastikteilen recycelt werden. Dadurch hat sich die Sauberkeit der Strände und Gewässer verbessert und es sind neue Einkommensmöglichkeiten für Fischer:innen und andere vulnerable Gruppen entstanden, was zu mehr Wohlstand und teils zu gestiegener sozialer Sicherheit führte.

Um das Projekt ist ein Ökosystem aus Akteur:innen entstanden, die das Konzept weiterführen und verstetigen. So haben sich Unternehmen angesiedelt, die Wertschöpfung aus recycelten Fischernetzen und -seilen betreiben. Darin zeigt sich der Erfolg des Projekts: Die geschaffenen Strukturen funktionieren inzwischen selbständig und entwickeln sich unabhängig von der NGO-Arbeit weiter.

Herausforderungen:

Gesetzliche Hürden und Bewusstseinsbildung

Trotz des Erfolgs von Initiativen wie „Net Free Seas“ stehen Thailand und andere betroffene Länder vor erheblichen Herausforderungen. Juristische Hindernisse, etwa fehlende gesetzliche Verpflichtungen zum Recycling und niedrigere Preise von Neuplastik gegenüber recycelten Materialien erschweren die flächendeckende Umsetzung nachhaltiger Praktiken. Hinzu kommt ein Mangel an Kommunikation und politischem Willen, umfassende Lösungen zu finden.

Politische Instrumente wie das UN-Abkommen gegen Plastikverschmutzung, das 2024 verabschiedet werden soll, sind ein wichtiger Schritt, um globale Aufmerksamkeit in betroffene Regionen zu lenken und umfassende Standards zur Vermeidung sowie zum Management von Plastikmüll weltweit zu implementieren. Die Internationale Seeschiffahrtsorganisation (IMO) setzt sich für die Entfernung umhertreibender Fischereigeräte ein⁴, doch es fehlt an Initiativen zur Entwicklung präventiver Lösungsansätze. Zudem werden „Geisternetze“ häufig isoliert, sprich nicht als Teil des größeren Problems der Kunststoffverschmutzung betrachtet. Es wird übersehen, dass Fischereigeräte aus Kunststoffen bestehen, für die ein Management über den gesamten Lebenszyklus entwickelt werden muss.

Es fehlt bislang an Aufmerksamkeit und Druck, Lösungen im Umgang mit den verloren gegangenen und illegal entsorgten Netzen zu finden. „Net Free Seas“-Projektleiterin Salisa Traipipitsiriwat zufolge lässt sich dies mit Wissenslücken und fehlender Kommunikation zwischen Behörden begründen.

Der Weg nach vorn: Ein umfassender Ansatz

Eine Verbesserung ist mit vielfältigen Maßnahmen erreichbar: Die Förderung von umweltverträglichen Netzen, verbesserte Qualitätskontrollen und



Viele Küstendörfer sind vom staatlichen Abfallmanagement ausgeschlossen. Kleinfischergemeinden sind gezwungen, sich selbst um die Entsorgung ausgedienter Fanggeräte zu kümmern – häufig werden diese vergraben, verbrannt oder im Meer zurückgelassen.

ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit der Abfallvermeidung bei Produzent:innen sowie Verbraucher:innen sind entscheidend. Zudem bedarf es eines gesetzlichen Rahmens für das Lebenszyklus-Management von Fischereigeräten und eines engeren Austausches zwischen Behörden, um Wissenslücken im Umgang mit Kunststoffabfällen zu schließen. Das „Net Free Seas“-Projekt entwickelte zur Vermeidung sowie zum Management verlorener und weggeworfener Fischernetze, -seile und -gerätschaften konkrete Handlungsempfehlungen.⁵ Bei den beteiligten Kleinfischergemeinden fand ein Bewusstseinswandel statt: Das Wissen um den Materialwert der Netze und die Möglichkeit, ausgediente Gerätschaften in den Stoffkreislauf zurückzuführen und zu monetarisieren, hat den Umgang mit diesen verändert. Weniger Netze werden zurückgelassen. Diese ökonomischen Anreizsysteme müssen von dem politischen Willen flankiert werden, die Entstehung und Entsorgung von Plastikmüll in der Fischerei zu reglementieren.

Angesichts des Ausmaßes der Plastikverschmutzung und ihrer verheerenden Folgen ist die Einigung politischer Entscheidungsträger:innen auf das Ziel einer vollständigen Abkehr von Plastik entscheidend. Eine Alternative hat die EJF in Zusammenarbeit mit den thailändischen Behörden entwickelt: Im Rahmen des „Bottle Free Seas“-Projekts wurden an zentralen Orten in Bangkok kostenfreie Wasserauffüllstationen errichtet, um den Verzicht auf Einwegplastikflaschen zu erleichtern. Solche Lösungsansätze führen einen Wandel herbei, wenn sie politisch gefördert und breit ausgebaut werden. Dann haben wir als Weltgemeinschaft eine Chan-

ce, die globale Plastikkrise zu bewältigen und den Artenreichtum und die lebenserhaltenden Ökosystemdienstleistungen des Ozeans für zukünftige Generationen zu bewahren.



Steve Trent

Steve Trent ist Geschäftsführer (CEO) und Gründer der Environmental Justice Foundation. Der Artikel entstand in Rücksprache mit „Net Free Seas“-Projektleiterin Salisa Traipipitsiriwat.

- 1 „Net Free Seas“ Projektseite.
- 2 „Net Free Seas“: Ein Projekt gegen die Plastikflut in unserem Ozean (EJF-Film).
- 3 Department of Marine and Coastal Resources (2022): Annual Report 2022, p. 58, S.60 ff.
- 4 Drinkwin, J. (2022): Reporting and retrieval of lost fishing gear: recommendations for developing effective programmes. Rom: FAO and IMO.
- 5 EJF (2023): Net Free Seas: A circular economy for combatting abandoned, lost, discarded fishing gear, S. 4 ff.



© Oliver Baldes

ALLE GLEICH?

Das Beispiel der sogenannten Cancer Alley in den USA zeigt, Plastik macht krank, aber nicht alle in gleichen Maßen

Die Produktionsstandorte der chemischen Industrie emittieren weltweit Chemikalien, in Form von Abgasen, Leckagen oder bewusstem Ablassen solcher Stoffe. Dies belastet Böden, Luft, Wasser und auch die Gesundheit von Anwohner:innen enorm, aber nicht immer gleich. Wie stark Menschen Belastungen ausgesetzt sind oder sich davor schützen können, korreliert mit strukturellen Diskriminierungsmechanismen. Der Süden von Louisiana zeigt, dass die rassistische Ausbeutung hier seit Jahrhunderten fortgesetzt wird.

Bestandteile und Abbauprodukte von Plastik, wie Mikroplastik können die menschliche Gesundheit schädigen. Bestimmte Additive, also Chemikalien, die Plastik zugesetzt sind, um spezifische Eigenschaften zu erhalten wie Weichmacher, Flammschutzmittel, UV-Stabilisatoren und Farbstoffe können allmählich aus dem Plastik entweichen und in die Umwelt und den Menschen gelangen. Dort können sie sich, je nach Beschaffenheit und Eigenschaft, anreichern, weiterverbreiten oder in Metabolite verfallen. Der dauerhafte und massenhafte Eintrag von Chemikalien und Plastik

in die Umwelt sorgt für eine permanent wachsende Hintergrundbelastung mit lokalen Hotspots. Dies ist ein Grund dafür, warum bestimmte Krebsarten, Stoffwechselerkrankungen oder Entwicklungsstörungen global zunehmen. Dabei sind nicht alle Menschen gleich stark mit Chemikalien belastet. Wohnort, Alter, Beruf, Gender und Einkommensstatus beeinflussen die Exposition und den Schutz vor schädlichen Chemikalien enorm.

Weniger beachtet ist jedoch, dass die Emission und Exposition von Schadstoffen aus dem Plastik sich nicht nur auf die Nutzungsphase beschränken.

Vielmehr sind Menschen und Umwelt auch bei der Ressourcenextraktion und Produktion Schadstoffemissionen ausgesetzt.

Plastik ist ein Produkt der petrochemischen Industrie und wird aus Erdgas oder -öl hergestellt. Die Förderung und Weiterverarbeitung von Erdöl in Raffinerien ist mit Umweltauswirkungen verbunden. Nicht nur sind es konkrete Eingriffe in die Natur, es entstehen auch Emissionen von Schadstoffen bei der Förderung und dem Transport. Beispielsweise traten während der Ölpest im Golf von Mexiko im Jahr 2010 nach einer Explosion auf einer Ölbohrplattform mehrere Millionen Liter Rohöl aus. Die ökologischen und ökonomischen Schäden trafen die Menschen vor Ort hart. Solche Havarien sind Extremfälle. Doch Emissionen in kleinerem Maßstab entstehen täglich.

Plastik – giftige Grundbausteine

Auch die Produktion von Plastik kommt nicht ohne schädliche Chemikalien aus – nicht nur in Form der Additive. Schon die Ausgangsstoffe einzelner Plastikarten sind giftig. Exemplarisch sei Vinylchlorid, ein Baustein für die Herstellung von PVC, genannt. PVC ist einer der global meistverkauften Kunststoffe. Vinylchlorid ist giftig, krebserregend und kann bei Luftkontakt explodieren.

2023 kam es in Ohio, USA, zu einem Zugunglück. Ein Güterzug, der Vinylchlorid geladen hatte, entgleiste. Um eine Explosion zu verhindern, entschieden sich die Behörden, das Vinylchlorid aus den Tanks zu lassen und kontrolliert abbrennen zu lassen. Eine gängige Praxis bei Unfällen mit Chemikalien. Entweder werden diese geborgen oder verbrannt. Bei der Verbrennung entstanden ebenfalls giftige Gase. Die Folge war eine breite Kontamination der umliegenden Fließgewässer mit Tausenden toten Fischen. Auch wenn solch ein Unfall eher die Ausnahme ist, hat er enorme Auswirkungen auf Umwelt und Bevölkerung. Bestimmte Dosen von Chemikalien werden bei der Produktion konstant emittiert – bewusst oder unbewusst. Hierfür gibt es eine Reihe von Beispielen in Deutschland, genannt sei stellvertretend Altötting, wo über Jahre die Chemikalie PFOA aus der Produktion aus einem Chemipark emittierte und sich in der Umgebung anreicherte.

Cancer Alley – der vergiftete Produktionsstandort im Süden der USA

Zurück in die USA. Im US-Bundesstaat Louisiana reißen sich 130 km entlang des Mississippi petrochemische Fabriken und Raffinerien aneinander. Die Region ist sowohl durch die Dichte der Produktionsanlagen gekennzeichnet als auch durch die höchste Krebsrate und die schlechteste Luftqualität in den USA. Deswegen wird die Gegend auch Cancer Alley genannt. Über 50 verschiedene Chemikalien zirkulieren als Produktionsabgase in der Luft.¹ Ein Zusammenhang zwischen Krebsfäl-

len und Luftqualität erscheint offensichtlich, auch wenn direkte Kausalzusammenhänge nicht immer vollständig nachgewiesen werden können. Doch solange krebserregende Stoffe produziert und emittiert werden, werden die Folgen in Kauf genommen.

Noch etwas ist deutlich höher als in dem Rest der USA: Über 50 % der Menschen, die in der Nähe der Industrieanlagen wohnen sind Schwarze Menschen. Die Firmen haben Industriestandorte vor allem dort errichtet, wo es eine größere Schwarze Community und viele einkommensschwache Haushalte gibt. Geringe finanzielle Mittel, gekoppelt an eine hohe Umweltbelastung durch Chemikalien belastet die Menschen doppelt. Weniger Geld zu haben, bedeutet geringere Schutzmöglichkeiten vor chemischen Belastungen. Bspw. weil die Menschen mehr an der Luft arbeiten oder ihre Häuser mehr Luft von außen hereinlassen. Viele können sich präventiven Gesundheitsschutz nicht leisten und auch Behandlungen sind oft unbezahlbar. In Gegenden wie Cancer Alley führt dies dazu, dass Menschen der Luftverschmutzung stärker ausgesetzt sind und daher die Krebsraten steigen.²

Umweltrassismus

Der Begriff Umweltrassismus wurde von Schwarzen Aktivist:innen in den 1980er-Jahren in den USA geprägt. Sie wollten damit auf die überproportionalen Auswirkungen von Umweltgefahren und Verschmutzungen auf Schwarze und Indigene Communities hinweisen. Die überdurchschnittlichen Krebsraten vor allem Schwarzer Menschen in Louisiana können als Konsequenz von Umweltrassismus bezeichnet werden. Rassismus als strukturelles Machtdefizit zwischen weißen und nicht weißen Menschen wirkt sich auf viele Lebensaspekte aus: Einkommensunterschiede, Chancenungleichheit, Repräsentationslücken, Lebenserwartung bzw. Anfälligkeit für Krankheiten. Umweltfaktoren wie Luftverschmutzung verstärken die Diskrepanzen. Oder andersherum, diese Diskrepanzen machen Menschen anfälliger für Umweltfaktoren. Ein sich gegenseitig verstärkender Effekt.

In der Cancer Alley spielt nicht nur der aktuelle Umweltrassismus eine Rolle. Vielmehr steht



Weniger beachtet ist jedoch, dass die Emission und Exposition von Schadstoffen aus dem Plastik sich nicht nur auf die Nutzungsphase beschränken. Vielmehr sind Menschen und Umwelt auch bei der Ressourcenextraktion und Produktion Schadstoffemissionen ausgesetzt.

die Region in einer Jahrhunderte alten Tradition rassistischer Ausbeutung. Dort, wo heute die Produktionsstandorte der Industrie liegen, waren bis zur offiziellen Abschaffung der Sklaverei im 19. Jahrhundert über 500 Plantagen angesiedelt, die vorrangig Zuckerrohr anbauten. Dass heute v.a. Schwarze Communities dort leben, ist eine Folge der Kolonialisierung und Sklaverei.

Als sogenannte Fenceline Communities (Grenzgemeinschaften) befinden sich die betroffenen Communities heute in direkter Nachbarschaft zu den petrochemischen Anlagen. Deutlich weiter weg liegen die Produktionsstandorte von Orten mit einer reicheren und weißeren Bevölkerung.

Neben der anhaltenden Verschmutzung und damit einhergehenden Belastung der vornehmlich Schwarzen Bevölkerung, haben Firmen in der Vergangenheit oftmals Friedhöfe überbaut, wenn sie expandierten. Der Zuckerrohranbau zur Sklavenszeit war eine der härtesten und tödlichsten Anbaukulturen. Dementsprechend finden sich vor Ort hunderte, teils improvisierte Friedhöfe, die mit der Zeit in Vergessenheit geraten sind. Das Überbauen der Friedhöfe sendet ein klares Zeichen: Schwarze Gemeinschaften und ihre kulturellen Stätten sind nicht erhaltenswert.³

Proteste, Selbstorganisation und das große Ganze

Dass die Luft voller Chemikalien ist, hängt mit den Genehmigungen zusammen, die Firmen beantragen können. Ein Beispiel aus der Gemeinde Sankt James im Süden des Bundesstaats Louisiana, direkt in der Cancer Alley zeigt, dass lokale Behörden Firmen die Erlaubnis geben, gegen nationale Standards zur Luftreinhaltung zu verstoßen. Doch dagegen regt sich Widerstand. Für die Anwohner:innen ist klar, dass die chemische Industrie sie krank macht. Es gibt niemanden, die oder der nicht im Umfeld Menschen durch Krebs verloren hat, Menschen kennt, die an Krebs erkrankt sind oder selbst an Krebs erkrankt ist. Währenddessen rückt die Industrie bis an die Vorgärten der Anwohner:innen heran.

Viele Menschen und Communities organisieren sich und erringen Teilerfolge. Die Gruppe St. James Rise erkämpfte z.B., dass die Behörde in Louisiana,

die dem Unternehmen Formosa Plastics 15 Genehmigungen erteilte, gegen nationale Luftreinhalte Standards zu verstoßen, diese zurücknehmen musste. Die Behörde hatte nachweislich nicht die gesamte Bandbreite an Umweltschäden berücksichtigt, die die Emissionen des Unternehmens verursachen würden.⁴

Die lokalen Initiativen sind dabei keineswegs sogenannte NIMBYs (Not in my Backyard, nicht in meinem Hinterhof). Sie möchten nicht nur, dass die Produktionsstätten der chemischen Industrie aus ihrem Gebiet verschwinden. Vielmehr ordnen viele die Produktion der petrochemischen Industrie und deren Emissionen in globale Umweltkrisen ein. Klimawandel und die Verschmutzung der Erde mit Chemikalien und Plastik sind ein globales Problem, mit lokalen Verursachern. Auch sehen viele das Problem, dass die chemische Industrie immer mehr auf Expansion setzt. Immer mehr Plastik und Chemikalien sollen produziert werden. Durch weniger strenge Umweltauflagen, billige fossile Energieträger vor Ort und Subventionen wird der Süden der USA weiter ein wichtiger und wachsender Produktionsstandort sein – auch für den europäischen Markt.



Redaktionsteam des Rundbriefs

Leider kam ein Artikel von Betroffenen vor Ort nicht zustande. Wir haben daher zu dem Thema recherchiert und bereits einige Berührungspunkte gehabt. Allerdings schreiben wir aus einer weißen und nicht betroffenen Perspektive.

- 1 Donna Christiano Campisano (2023): What is Cancer Alley? In verywell health.
- 2 Tristan Baurick (2021): Poverty, air pollution cause cancer spike in Louisiana industrial areas, Tulane study says.
- 3 Brown, I. J. et al (2021): Environmental Racism in Death Alley, Louisiana.
- 4 Delaney Dryfoss (2024): Formosa Plastics gets air permits back, but a few hurdles remain. In The Lens.



© Photo by IISD/ENB | Anastasia Rodopoulou

WIE STEHT ES UM DAS GLOBALE PLASTIK-ABKOMMEN?

Verhandlungen zwischen Reduktionsforderungen und Lobbyeinfluss

Die ersten drei Verhandlungsrunden zum globalen Plastik-Abkommen sind abgeschlossen; zwei weitere sollen folgen. Ein fertiger Vertragstext bis Ende des Jahres, wie ursprünglich geplant, erscheint aktuell jedoch unrealistisch. Denn Industrievertreter:innen und einige Verursacherländer blockieren immer wieder inhaltliche und strukturelle Debatten.

Jubel bricht aus, als im März 2022 bei der Umweltversammlung der Vereinten Nationen (United Nations Environment Assembly, UNEA) im großen Saal des UN-Geländes in Nairobi der Plastik-Hammer auf den Tisch knallt: Es ist beschlossen, ein globales Plastik-Abkommen wird verhandelt werden. Eineinhalb Jahre später sitzen die

Delegierten wieder in diesem Saal, bei dem dritten Treffen des International Negotiation Committee (INC3), dem Verhandlungskomitee für das Plastikabkommen, und Ernüchterung macht sich breit. Die Staaten der sogenannten Like-minded group, also der Gruppe, die ein ambitioniertes Abkommen vermeiden will, nutzen jeden Winkelzug, um mög-

lichst wenig Einschränkungen zu erreichen. „Wir werden hier nicht über eine Reduzierung von Primärplastik sprechen“, so ein Delegierter aus dieser Gruppe.

Reduktion der Plastikproduktion als wichtigstes Ziel

Reduzierung von Primärplastik ist eines der wichtigsten Ziele, das mit diesem Abkommen umgesetzt werden sollte. Auch die Bundesregierung, die EU und die sogenannte High Ambition Coalition, ein Zusammenschluss von ambitionierten Ländern, möchten dies erreichen, und es ist dringend nötig: Um das 1,5 Grad Ziel zum Klimaschutz einzuhalten, bräuchten wir bis 2040 eine Reduktion der Plastikproduktion um 75 %.

Eine der größten Herausforderungen in den Verhandlungen ist es, eine Einigung über verbindliche Ziele zur Verringerung der Produktion zu erzielen. Soll es verpflichtende oder freiwillige Ziele für jedes Land geben? Soll die Reduktion durch das Verbot von bestimmten Plastikmaterialien erreicht werden? Und welche Rolle spielen dabei die öl- und plastikproduzierenden Länder?

Neben der Frage der Reduktion gibt es noch weitere wichtige Themen, die das Abkommen adressieren sollte, unter anderem das Verbot von schädlichen Polymeren und Chemikalien, die Offenlegungspflicht von Inhaltsstoffen in Materialien und Produkten, den Handel mit Plastik und Plastikmüll, die Einbeziehung von Rechteinhaber:innen, Herstellerverantwortung, Umgang mit Mikroplastik, Vermeidung von Gesundheitsgefahren, die Plastikverschmutzung in der Umwelt. Darüber hinaus muss geklärt werden, nach welchen Spielregeln die INC-Verhandlungen und das zukünftige Abkommen gestaltet sein werden.

Konsens, Mehrheitsentscheidungen und Verzögerungstaktiken

Bisher arbeitet das INC nach dem Konsensprinzip, welches immer einstimmige Beschlüsse erfordert. Dieses Prinzip wird jedoch von einigen Ländern wie Saudi-Arabien, Indien und China genutzt, um ambitionierte Vorschläge durch ein Veto zu blockieren. In Nairobi wurden beispielsweise dadurch die Vorschläge zu weiteren themenspezifischen Verhandlungen (intersessional process), die dringend nötig sind, um bestimmte Themen auszuarbeiten, abgeschmettert. Darüber hinaus werden immer wieder Verfahrensfragen missbraucht, um eine zügige Abarbeitung von Themen zu verhindern. Bei INC2 in Paris konnte beispielsweise die inhaltliche Arbeit durch diese Verzögerungstaktik erst am dritten von fünf Tagen beginnen. In informellen Gesprächen rechnet man daher mittlerweile damit, dass fünf INCs nicht ausreichen werden, um einen fertigen Vertragstext präsentieren zu können – vielmehr geht man von mindestens zwei zusätzlichen Treffen aus, um zu einem Abschluss zu kommen.

Es liegt auf der Hand, dass das Konsensverfahren das größte Hindernis für die Erreichung eines dringend notwendigen ambitionierten Abkommens darstellt. Leider muss für die Abänderung in eine Mehrheitsabstimmung wiederum eine einstimmige Entscheidung vorliegen, was sehr unrealistisch ist. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UN Environment Programme, UNEP) könnte jedoch generelle Änderungen diesbezüglich vornehmen. Darüber hinaus sollte der Vertragstext des zukünftigen Plastik-Abkommens einen Passus enthalten, der Abstimmungen als letzte Möglichkeit vorsieht. Dies ist auch schon in anderen Konventionen, z.B. der Stockholm Konvention der Fall.

Eingeschränkte Teilnahme von Zivilgesellschaft und Wissenschaft

Neben inhaltlichen und prozeduralen Fragen ist die Teilhabe der Zivilgesellschaft ein viel diskutiertes Thema. So war es während INC2 in Paris vielen Vertreter:innen von NGOs nicht möglich, effektiv am INC teilzunehmen, da das INC-Sekretariat zwei Wochen vor den Verhandlungen mitgeteilt hat, dass nur eine Person pro Organisation statt der maximal fünf registrierten Personen teilnehmen darf. Viele Delegierte konnten die Reise- und Hotelkosten nicht mehr stornieren und blieben auf ihren Ausgaben sitzen, zusätzlich zum Ärger über die verpasste Möglichkeit, sich in die Verhandlungen einzubringen. Auffallend war jedoch, dass trotz dieser Regelung einige Wirtschaftsvertreter:innen, z.B. von Coca Cola, einen offenbar unerschöpflichen Vorrat an Einlasskarten besaßen. Während der Verhandlungswoche wurden die Bestimmungen zwar gelockert, aber dieser Schritt kam für viele NGO-Vertreter:innen zu spät.

Ein weiteres strukturelles Problem betrifft die Teilnahme von Wissenschaftler:innen an den INC-Verhandlungen: Sie können sich in der Regel nicht über ihre Forschungseinrichtungen registrieren, denn das Registrierungssystem enthält diese Option nicht. Daher versuchen viele Forscher:innen, sich über andere Organisationen zu registrieren. Im Falle einer Anwesenheitsbeschränkung wie der in Paris sind es oft die zusätzlich Registrierten, die dann als erste von der Liste fallen. Bei INC3 konnten entsprechend nur 38 Wissenschaftler:innen der Scientists Coalition for an Effective Plastics Treaty teilnehmen. Dem gegenüber stehen 143 Lobbyist:innen der Öl-, Gas- und Chemieindustrie. Für zukünftige Verhandlungen sollten daher dringend ausreichende Registrierungsmöglichkeiten für unabhängige Wissenschaftler:innen durch UNEP eingerichtet werden. Die Verhandlungen müssen auf unabhängiger Forschung aufbauen und auch marginalisiertes Wissen, z.B. von Indigenen, miteinbeziehen. Dazu ist Anwesenheit unabhängiger Wissenschaftler:innen und Rechteinhaber:innen während der Verhandlungen unabdingbar.



Der Einfluss der Industrie und ihrer Lobbyorganisationen bei den Verhandlungen ist enorm. Gerade die Interessen dieser Gruppen stehen jedoch oft im offenen Gegensatz zu den Zielen des Plastik-Abkommens.

Verhandlungen unter massivem Lobbyeinfluss

Der Einfluss der Industrie und ihrer Lobbyorganisationen bei den Verhandlungen ist enorm. Gerade die Interessen dieser Gruppen stehen jedoch oft im offenen Gegensatz zu den Zielen des Plastik-Abkommens. So zeigt z.B. die Vision der Business Coalition for a Global Plastics Treaty¹, dass eine wirkliche Transformation und ein Schutz von Umwelt und Gesundheit vor Plastik nicht ihr Ziel sind.

Recherchen der Organisation CIEL² bei der INC3 in Nairobi ergaben, dass Lobbyist:innen der Öl-, Gas- und Chemieindustrie zahlreicher vertreten waren als Delegierte der 70 kleinsten Staaten. Sechs Staaten hatten sogar Lobbyist:innen dieser Industrien als offizielle Vertreter:innen in ihren Delegationen aufgenommen. Im Vergleich mit der INC2 wurde sogar ein Anstieg der Industrielobbyist:innen um 36 % festgestellt.

Dieser Trend wird sich wahrscheinlich bei den nächsten INCs weiter fortsetzen, solange es keine strikte Regelung zu Interessenkonflikten gibt. Die Rahmenkonvention zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeigt, dass eine solche Reglementierung möglich ist: Die FTCT ist das einzige internationale Abkommen, welches durch einen Passus im Vertragstext (Artikel 5.3) der Konvention den Einfluss der Verursacher-Industrie auf die Verhandlungen limitiert. Zu den Maßnahmen gehören z.B. die Umsetzung eines Codes of Conduct, Transparenz von Public-Private-Interaktionen und die Veröffentlichung von Interessenskonflikten.³

Für die nächsten INC-Verhandlungen und das spätere Abkommen gilt es, ähnliche Regelungen aufzunehmen. Idealerweise könnten damit Verursacher-Industrien von den Verhandlungen teilweise oder ganz ausgeschlossen werden.

Kurz vor INC4, das im April 2024 in Ottawa stattfinden wird, sind die Ziele und die Herausforderungen der nächsten Verhandlungsrunde klar. Alle Akteur:innen werden ihr Bestes geben, um ihre Ziele zu erreichen. Wichtig ist, dass der Druck der

Zivilgesellschaft weiterhin stark bleibt, NGOs und Wissenschaftler:innen die Möglichkeit haben, vor Ort ihre Arbeit zu machen.

In der Hoffnung, dass bald Jubel ausbricht über den endgültigen Beschluss eines ambitionierten und durchsetzungsstarken Plastik-Abkommens.



Alexandra Caterbow

Alexandra Caterbow ist Ko-Direktorin von HEJSupport. Sie engagiert sich u.a. in verschiedenen Politikprozessen auf UN-Ebene und ist auch bei den Verhandlungen zum Plastik-Abkommen vor Ort. HEJSupport ist die Host-Organisation des NRO-Bündnisses Exit Plastik in Deutschland.

1 www.businessforplasticstreaty.org.

2 CIEL (2023): Fossil Fuels and Chemical Industries Registered More Lobbyist at Plastics Treaty Talks than 70 Countries Combined.

3 Ralston, R. et al. (2023): Corporate interests and the UN treaty on plastic pollution: neglecting lessons from the WHO Framework Convention on Tobacco Control.



Jas Min/Unsplash

DIFFERENZIIERT STATT PAUSCHAL

Der Diskussion um eine Plastikwende fehlt es an entwicklungspolitischen Perspektiven

Der Umgang mit Plastik(abfällen) wird immer mehr zur Schlüsselherausforderung für die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen: Diese werden ohne Plastik kaum erreichbar sein, mit den linearen Nutzungsmustern führen sie jedoch absehbar in die Katastrophe. Dabei wird kaum diskutiert, wie Länder des Globalen Südens von stärker zirkulärer Plastiknutzung betroffen sein könnten.

Kaum ein **umweltpolitisches** Thema wird so intensiv und häufig diskutiert wie die Verwendung von Plastik und den sich daraus ergebenden Abfällen. Das Thema bekommt aktuell besondere Relevanz, da die Vereinten Nationen den Entwicklungsprozess für ein globales Abkommen zur Beendigung der Verschmutzung mit Plastikabfällen gestartet haben. In diesem Vertrag sollen Rahmenbedingungen für den Umgang mit Plastikabfällen gelegt werden. Außerdem werden fundamentale Fragen zur Verantwortung der Hersteller

oder zur grundsätzlichen Bedeutung von Plastik in einer nachhaltigen Welt verhandelt.

Die diskutierten Lösungsansätze nehmen nur in Ausnahmefällen eine entwicklungspolitische Perspektive ein, die deren Konsequenzen für Länder des Globalen Südens differenziert betrachten würde. Diese inhaltliche Lücke ist typisch für die Diskussion um Transformationsprozesse zur Kreislaufwirtschaft: Angesichts der erwartbaren positiven ökologischen und sozio-ökonomischen Nettoeffekte zirkulären Wirtschaftens wird bislang kaum

darüber gesprochen, wer zu den Gewinnern oder Verlieren einer solchen disruptiven Veränderung gehören könnte – insbesondere entlang globaler Wertschöpfungsketten.

Plastik als globales Problem

Fakt ist, dass Produktions- und Nutzungsmuster von Plastik zu massiven Umweltverschmutzungen führen, deren langfristige Konsequenzen erst allmählich klar werden. Analysen der OECD haben gezeigt, dass jährlich ca. 22 Mio. Tonnen Plastikabfälle unkontrolliert in der Umwelt landen und dort v.a. maritime Ökosysteme belasten¹. Dennoch hat sich die weltweite Plastikproduktion in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt und selbst optimistische Szenarien gehen von einer weiteren Verdopplung bis 2050 aus. Aktuell werden nur ca. 10 % der Plastikabfälle recycelt, die restlichen Abfälle werden verbrannt oder landen überwiegend auf Mülldeponien, von denen sie häufig durch Wind und Regen in Seen und Flüsse befördert werden. Tatsächlich ist aktuell der überwiegende Anteil an Einträgen von Plastikabfällen in Flüsse und Meere auf wenige Länder zurückzuführen, insbesondere südostasiatische Schwellenländer, in denen es keine ausreichend regulierten Mülldeponien gibt. Wer die Verantwortung allein bei diesen Ländern sucht, verkennt die Dimensionen des internationalen Handels mit Plastikabfällen.

Der Müllexport hängt auch mit den spezifischen Eigenschaften mancher Plastikprodukte zusammen. Dabei zeigt das Beispiel Deutschland, dass viele Produkte nicht recycelt werden können, selbst wenn sie einem geordneten Recycling zugeführt werden. Die Trennung sogenannter Multilayer-Verpackungen mit einer Vielzahl von hauchdünnen Schichten aus unterschiedlichen Kunststoffsorten erfordert im Recycling häufig mehr Energie als die Herstellung neuen Kunststoffs. Anstelle von Recycling treten dann der Müllexport und die Umweltverschmutzung.

Hinzu kommt die globale Verschmutzung mit Mikroplastik, das sowohl in der Nutzung von Kunststoffprodukten entsteht (z.B. durch Reifenabrieb oder bei der Wäsche von Kleidungsstücken mit Kunststofffasern) als auch durch den Zerfall von Plastikabfällen in kleinere Stücke. Mikroplastik findet sich in allen Ecken des Planeten, gleichzeitig gibt es besorgniserregende Hinweise auf potenzielle Gesundheitsrisiken.²

Konsequenzen eines Verzichts auf Plastik

Vor diesem Hintergrund zeigt sich der akute Bedarf einer „Plastikwende“, der selbst von Lobbyverbänden der Kunststoffverbände nicht mehr bestritten wird: Ein „Weiter so“ findet in der Öffentlichkeit keine Akzeptanz mehr und die Kunststoffindustrie beklagt beispielsweise, dass sich kaum junge Menschen für eine Ausbildung in entsprechenden Unternehmen interessieren.

Die Politik hat auf die öffentliche Stimmung reagiert und hart in den Markt und individuelle Konsumgewohnheiten eingegriffen, beispielsweise in Form der europäischen Einwegkunststoffrichtlinie. Hier wurde eine Reihe von Einwegkunststoffprodukten wie Strohhalme verboten; für weitere Produktgruppen wurden Strafzahlungen erlassen, um die Kosten der Sammlung aus der Umwelt zu decken. Berechnungen im Auftrag des Umweltbundesamtes haben gezeigt, dass sich diese Kosten für Deutschland auf jährlich über 400 Mio. Euro summieren.

Der Verzicht auf Plastik führt i.d.R. nicht dazu, dass sich Konsumgewohnheiten ändern – meistens kommt es zu Materialsubstitutionen mit ökologisch nicht zwangsläufig positiven Ergebnissen: So ist in der Verpackungsindustrie eine Tendenz erkennbar, zunehmend auf Kombinationen aus Plastik und Papier oder Papier zurückzugreifen, die einen natürlicheren Eindruck vermitteln. Die Ökobilanz der Herstellung ist dabei häufig nicht besser, es kommt zu Verlagerungen der Umweltbelastungen vom Klima auf die Nutzung knapper landwirtschaftlicher Flächen. Je nach Herkunft des Materials können davon Länder im Globalen Süden stärker betroffen sein. Hinzu kommt die schlechtere Recyclingfähigkeit solcher Materialverbände, unter dem die finanziellen Anreize zur Sammlung fehlen – insbesondere in Ländern, die nicht wie in der EU über verpflichtende Systeme einer erweiterten Herstellerverantwortung verfügen.

Das international beachtete Beispiel des Verbots von Plastiktüten in Kenia hat gezeigt, wie komplex die Folgen solcher augenscheinlich einfachen Lösungen sein können: Plastiktüten hatten Abwassersysteme verstopft, was zu Überschwemmungen in den ärmeren Stadtvierteln z.B. in Nairobi führte – mit entsprechenden Gesundheitsrisiken. Gleichzeitig hat das Verbot den Verlust von ca. 300 Arbeitsplätzen zur Folge, weil die lokal produzierten Plastiktüten durch importierte Papiertüten ersetzt wurden. Aus einer sozialpolitischen Perspektive ist festzuhalten,



Die diskutierten Lösungsansätze nehmen nur in Ausnahmefällen eine entwicklungspolitische Perspektive ein, die deren Konsequenzen für Länder des Globalen Südens differenziert betrachten würde. Diese inhaltliche Lücke ist typisch für die Diskussion um Transformationsprozesse zur Kreislaufwirtschaft.

dass Plastik ein (vielleicht zu) billiges Material ist, dass vielen Menschen zum Beispiel den Zugang zu hygienisch verpackten Lebensmitteln ermöglicht. Möglicherweise umweltfreundlichere Alternativen wie biobasierte Kunststoffe aus nachhaltigen Quellen sind dagegen teurer, was sich gerade in Ländern wie Kenia nur bestimmte Bevölkerungsschichten erlauben könnten. Ein pauschales Verbot von (Einweg-)Kunststoff, wie von vielen Akteuren gefordert, ist damit nicht zwingend ein Beitrag zur Nachhaltigkeit und könnte aus einer entwicklungspolitischen Perspektive bestehende Ungleichheiten sogar verschärfen. Darum sind sozialverträgliche und inklusive Lösungen um so wichtiger. Fällt Einwegplastik in bestimmten Gegenden weg, braucht es zeitgleich Maßnahmen, die bspw. eine hygienische Lebensmittel- und Wasserversorgung gewährleisten. Hier können Mehrwegprodukte aus Plastik, wenn es recyclingfähig ist, eine große Rolle spielen.

Zielvision: Nachhaltige Plastiknutzung

Die Welt steht vor einem Dilemma: Es geht weder ohne Kunststoff noch ist eine Fortführung des heutigen Umgangs mit Plastik ökologisch tragbar und sozial akzeptabel. Das 6. Ziel für eine nachhaltige Entwicklung (SDG 6 Sauberes Wasser und Sanitärreinrichtungen) verdeutlicht dieses Dilemma eindrücklich. Ohne die Nutzung von Plastikflaschen und Behälter kann global keine Trinkwasserversorgung erreicht werden. Langfristig muss es darum gehen, geeignete Infrastrukturen aufzubauen, die den Einsatz von Einwegkunststoffen und schwer bis nicht recycelbare Kunststoffe minimieren. Damit stellt sich die Frage nach Zielgrößen eines nachhaltigen Plastikkonsums bzw. nach einem Kunststoffkonsum im Rahmen globaler Grenzen für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele. Ein im Fachmagazin *Nature* veröffentlichter Aufsatz hat gezeigt, dass die für 2030 prognostizierten Plastikmengen nachhaltig produziert werden könnten – allerdings in fast geschlossenen Stoffkreisläufen mit drastisch erhöhten Recyclingquoten von über 90 %, die wie-

derum hochtechnische und umstrittene Verfahren wie chemisches Recycling durch Pyrolyse und „Carbon Capture and Use“-Ansätze erfordern würden³. Geht man vom vollständigen Einsatz erneuerbarer Energie aus, könnte auch ein gesteigerter Einsatz von Plastik kompatibel mit bestimmten Nachhaltigkeitszielen sein. Damit verbunden wäre nicht nur ein massives Investitionsvolumen in nachsorgenden Umweltschutz wie Recyclinganlagen, die solche Mengen bewältigen könnten, notwendig, sondern auch ein Ausbau nachhaltiger Energieversorgung für diesen Zweck. In diesem Fall wäre sicher auch ein Weniger mehr.

Eine konsequente und effektive Umsetzung einer globalen Herstellerverantwortung erfordert, dass Unternehmen, die Plastikprodukte vertreiben, dafür aufkommen, dass diese ordnungsgemäß entsorgt werden, auch wenn der Abfall an einem entfernten Standort entsteht. Die Rückverfolgbarkeit dieser Verantwortlichkeit ließe sich technisch beispielsweise mittels digitaler Produktpässe längst gewährleisten. Es bedarf jedoch eines regulatorischen Rahmens, der voraussichtlich im Rahmen des UN-Plastikvertrags in den kommenden Monaten geschaffen wird.



Prof. Dr. Henning Wilts

Prof. Dr. Henning Wilts leitet die Abteilung Kreislaufwirtschaft am Wuppertal Institut. Seit 2023 vertritt er die Professur für Circular Economy an der HafenCity Universität Hamburg.

- 1 OECD (2022): Global Plastics Outlook. Economic Drivers, Environmental Impacts and Policy Options. Paris.
- 2 UNEP (2023): Microplastics: The long legacy left behind by plastic pollution. Nairobi.
- 3 Bachmann, M., et al. (2023): Towards circular plastics within planetary boundaries. In: *Nature Sustain* 6, S. 599–610.



Bohdan Komarivsi/Unsplash

GEMEINSCHAFTEN STÄRKEN, EINE WIDERSTANDSFÄHIGE BEWEGUNG AUFBAUEN

Ansätze der #BreakFreeFromPlastic-Mitglieder zur Lösung der Plastikverschmutzungskrise

Jedes Stückchen Plastik, das jemals hergestellt wurde, existiert noch immer in irgendeiner Form. Man sollte meinen, dass diese Aussage ausreichen würde, um das Wachstum der Kunststoffproduktion zu bremsen, die bis 2050 voraussichtlich um fast 50 % zunehmen wird. Doch auf allen Stufen der Kunststoff-Wertschöpfungskette weigert sich die Industrie, in echte Maßnahmen zur Lösung der Kunststoffverschmutzungskrise zu investieren und diese umzusetzen. Während des gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen, von der Produktion bis zur Abfallentsorgung, werden neue Technologien und alternative Kunststoffe als Lösungen angepriesen. In Wirklichkeit versperren sie jedoch nur den Weg zu Schritten, die zu einem echten Systemwandel beitragen.

Anstatt die Kunststoffverschmutzung einfach zu tolerieren, müssen wir Maßnahmen zur Verringerung der Kunststoffproduktion und strengere Kontrollen für Chemikalien und giftige Zusatzstoffe einfordern. Nur so können wir Schäden für die biologische Vielfalt und die menschliche Gesundheit mindern und den erheblichen Beitrag von Kunststoff zur Klimakrise zu minimieren.

Aus der globalen Gemeinschaft entstehen Stärke und kollektives Handeln

Die Vielfalt der globalen #BreakFreeFromPlastic-Bewegung (BFFP) ist ihre Stärke. Verschiedene Perspektiven und Fachkenntnisse stellen die vorherrschenden Erzählungen über Plastik und seine Auswirkungen auf Gesundheit, Klima und Lebensqualität immer wieder in Frage. Dabei betrachtet BFFP

die Plastikverschmutzung als systemisches Problem und setzt sich für Veränderungen auf allen Ebenen ein, um eine Welt ohne Plastikverschmutzung zu schaffen. Die Mitglieder adressieren die Plastikverschmutzung über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg, von der Gewinnung bis zur Entsorgung. Der Schwerpunkt liegt auf präventiven Maßnahmen und nicht auf reaktiven Lösungen.

Unternehmen zur Rechenschaft ziehen

Die globale Kraft der #BreakFreeFromPlastic-Gemeinschaft hat sich insbesondere in den jährlichen „Brand-Audits“ gezeigt. Hier wird Plastikmüll gesammelt und anhand der Inverkehrbringer sortiert. In den vergangenen sechs Jahren haben insgesamt 2.623 solcher Brand-Audits mit 215.600 Freiwilligen in mehr als 90 Ländern stattgefunden. Insgesamt wurden mehr als zweieinhalb Million Stücke Plastikmüll gesammelt. Marken wie Coca-Cola, Nestlé, Unilever und PepsiCo landeten durchweg auf den vordersten Plätzen der Top-Ten unter den Verschmutzern.

2018, ein Jahr nach dem ersten globalen Brand Audit, haben die Ellen MacArthur Foundation und das UN-Umweltprogramm gemeinsam das „New Plastics Economy Global Commitment“ ins Leben gerufen, das Unternehmen, Regierungen und andere Organisationen zusammenbringt, um ihren Plastik-Fußabdruck bis 2025 durch verschiedene freiwillige Verpflichtungen zu verringern. Große Unternehmen, die viele kurzlebige Plastikprodukte produzieren oder nutzen, gingen freiwillige Verpflichtungen ein. Diese Selbstverpflichtungen sind vor allem eine Reaktion der Unternehmen auf den öffentlichen Druck zur Bekämpfung der Plastikverschmutzung. Die meisten Unternehmen verpflichteten sich:

1. 100 % ihrer Verpackungen bis 2025 recycelbar, wiederverwendbar oder kompostierbar zu machen,
2. die Verwendung von Neuplastik zu reduzieren,
3. mehr recycelte Inhalte in ihre Verpackungen einzubauen.

Der Jahresbericht des Global Commitment ist jedoch jedes Jahr eine traurige Bilanz der Untätigkeit und des Rückschritts der Unternehmen. In vielen Fällen nimmt die Menge der von diesen Unternehmen verwendeten Kunststoffverpackungen weiter zu.

Mehrwegsysteme wiederbeleben

Die Mitglieder von #BreakFreeFromPlastic fördern verschiedene Mehrwegsysteme, und die lokale und kommunale Ebene spielt dabei eine entscheidende Rolle. Überall entstehen zahlreiche Pilotprojekte, in denen Mehrwegsysteme und ihre Machbarkeit getestet werden. In China sieht sich die Bubble-Tea-Industrie aufgrund des übermäßigen Einsatzes von Einwegplastik mit einer Umweltkrise konfrontiert. Lokale Gruppen wie Nanjing Green Stone, Shans-

hui Environmental Protection und Green Hunan haben Initiativen ins Leben gerufen, darunter „Bring Your Own Cup“-Kampagnen (Bringe deinen eigenen Becher), Sensibilisierungskampagnen für Verbraucher:innen und Pilotprojekte für wiederverwendbare Becher. Sie setzen sich für eine Verringerung von Verpackungen ein und drängen auf die Verwendung von Mehrwegbechern.

Ebenfalls in China führten Shenzhen Zero Waste und Toxics-Free Corps eine erfolgreiche Kampagne gegen Onlinehandel-Plattformen durch, die Einweggeschirr aus Plastik besonders bewarben. Durch direktes Engagement, offene Briefe und formelle Beschwerden konnte die Entdeckungsrate von Einwegplastik von 68 % auf 0 % gesenkt werden. Diese Bemühungen führten dazu, dass die Präsenz von Einwegartikeln im Onlinehandel deutlich zurückging.

Einige BFFP-Mitglieder führen Kampagnen durch, die sich auf Abfälle aus Damenbinden oder Windeln konzentrieren. Diese Produkte, die oft aus biologisch nicht abbaubaren Materialien bestehen, stellen ein Risiko für die menschliche Gesundheit und eine Herausforderung für die Abfallwirtschaft dar. In Nepal hat HECAF 360 eine Sensibilisierungskampagne für plastikfreie Damenbinden initiiert, die Student:innen aufklärt und Frauen stärkt. Dieses Programm, das sich mit den Problemen der Abfallentsorgung befasst, umfasst auch Kurse zur Herstellung wiederverwendbarer Binden, die eine unabhängige Einkommensquelle darstellen.

Zu den weiteren Initiativen, die sich mit dieser Art von Abfall befassen, gehört die „Environmental Week“, die auf die ökologischen und gesundheitlichen Auswirkungen von Einwegprodukten für die Menstruation aufmerksam macht. Die Woche der wiederverwendbaren Windeln im Vereinigten Königreich, Australien, China, Irland, Mexiko und Neuseeland betont den Übergang von Einwegwindeln zu Windeln aus natürlichen Stoffen, die den CO₂-Fußabdruck um 40 % verringern und 98 % weniger Rohstoffe verbrauchen.

In Ecuador arbeiten Mingas por el Mar, PlastiCo Project, Huella Verde und Orcatec bei REUSE-EC zusammen, einer Kampagne zur Förderung von Mehrwegprojekten. Diese Initiative forciert Einwegverpackungen, vor allem in Lebensmittelgeschäften: Über ein Kreislaufmodell sollen Abfall, der Wasserverbrauch und die Emissionen verringert werden, während gleichzeitig Arbeitsplätze entstehen. Ziel ist es, dieses Kreislaufmodell in ganz Ecuador und Lateinamerika zu verbreiten und eine Umstellung auf Mehrweg und Wiederverwendung zu fördern.

In Deutschland hat die Initiative Refrastructure das bundesweite und anbieterübergreifende Rücknahmesystem im Rahmen eines Pilotprojekts 2023 in der Gemeinde Haar getestet. Die Schlussfolgerung war, dass solche Systeme machbar sind, aber strengere Vorschriften brauchen, um die Pilotpro-



Die Vielfalt der globalen #BreakFreeFromPlastic-Bewegung (BFFP) ist ihre Stärke. Verschiedene Perspektiven und Fachkenntnisse stellen die vorherrschenden Erzählungen über Plastik und seine Auswirkungen auf Gesundheit, Klima und Lebensqualität immer wieder in Frage.

jekte auszuweiten und Mehrwegverpackungen zum neuen Standard zu machen.

Kein Wandel ohne Systemwandel

Die vielfältigen Bemühungen auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene stärken die #BreakFreeFromPlastic-Bewegung und ermöglichen eine Dynamik in verschiedenen Kontexten. Lokale Maßnahmen sind entscheidend, aber es braucht auch globale systemische Veränderungen.

Die Art und Weise, wie das Finanzsystem arbeitet, in Frage zu stellen, ist eine notwendige Strategie, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Finanzinstitute können eine einflussreiche Rolle bei der Umgestaltung des Systems über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg spielen. Sie können den Rahmen für Investitionen in neue petrochemische Unternehmen setzen und die finanziellen Risiken von Investitionen in die Plastikproduktion aufdecken. Die Kampagne Don't Bank on Plastics der im Vereinigten Königreich ansässigen Organisation Just Money Movement ist ein hervorragendes Beispiel für diesen Ansatz. Sie fordert Banken, darunter auch Großbanken wie Barclays, HSBC und NatWest, auf, ihre Finanzierungen für prominente Plastikproduzenten und Verschmutzer einzuschränken.

In Detroit, USA, entstand eine von der Gemeinde getragene Kampagne namens Breathe Free Detroit. Sie hatte das Ziel, eine lokale Verbrennungsanlage in Detroit zu schließen. Bei der Kampagne wurden die Auswirkungen der Verbrennungsanlage auf die öffentliche Gesundheit untersucht und bei Entscheidungsträgern für deren Schließung geworben. Nach ihrem Erfolg setzte sich die Gruppe weiterhin für die Anwohner:innen ein. Viele globale Organisationen haben Initiativen und Kampagnen durchgeführt, um Kommunen den Übergang zu abfallfreien Systemen zu erleichtern. GAIA arbeitet mit 550 Kommunen zusammen und konzentriert sich auf die Abschaffung unangemessener Abfallentsorgungsmethoden und die Förderung eines verantwortungsvollen Konsums. Sie nehmen die Hersteller in die Pflicht, führen Systeme zur Ressourcenrückgewinnung ein und legen Wert auf soziale und ökologische Gerechtigkeit für Müllsammler:innen und direkt be-

troffene Gemeinden. Zudem setzt GAIA sich für die weltweite Förderung der Zero-Waste-Prinzipien ein.

Falsche Lösungen aufgedeckt

Während Graswurzel-Initiativen und verschiedene Gruppen inspirierende Beispiele zur Bewältigung der Plastikkrise anführen, ist es wichtig zu erkennen, dass einige Interessengruppen immer noch an Lösungen glauben, die den Status quo aufrechterhalten. Der Versuch, die Krise allein durch Recycling zu bewältigen oder sich auf technische Lösungen zu verlassen, wird nicht funktionieren, solange wir unseren derzeitigen Lebensstil nicht grundlegend ändern. Um wertvolle Einblicke zu geben, haben unsere Mitglieder und Expert:innen gemeinsam eine umfassende Übersicht über falsche Lösungen auf einer speziellen Website erstellt.

Trotz der reichhaltigeren Ressourcen der Kunststoffindustrie setzt sich die #BreakFreeFromPlastic-Bewegung weiterhin dafür ein, die vorherrschenden Narrative zu hinterfragen. Im Mittelpunkt unserer Bewegung steht die Erkenntnis, dass kollektives Handeln entscheidend ist, und dass gegenseitige Unterstützung und Stärkung unsere Wirkung erheblich verbessern können.



Dieser Artikel wurde mit den Beiträgen von Mitgliedern der #BreakFreeFromPlastic-Bewegung verfasst.

#BreakFreeFromPlastic ist eine globale Bewegung, die aus über 12.000 Nichtregierungsorganisationen, Gemeinschaftsgruppen, Wissenschaftler:innen und Einzelpersonen besteht, die sich dafür einsetzen, die Plastikverschmutzung an der Quelle zu bekämpfen.



Globelet Reusable/Unsplash

EIN RECHT AUF MEHRWEG – FÜR ALLE!

Poolfähige Mehrwegverpackungen sollten Allgemeingut werden

Deutschland kann Mehrweg, es war lange weit verbreitet, insbesondere im Getränkebereich. Doch die Flutung des Marktes mit Einwegplastikverpackungen hat Mehrwegprodukte zurückgedrängt. Heute gibt es kaum noch Mehrweg, die Zielquote von 70 % bei Getränken wird bereits seit Jahren weit verfehlt. Aktuell liegen wir bei etwa über 40 %¹. Konsequenzen gibt es keine. Die Politik hat versäumt den Rahmen zu setzen und Mehrwegsysteme zu erhalten oder auszubauen – von Konserven bis Kosmetik. Es würde überall ökologisch viel Sinn ergeben, denn nur Mehrwegartikel sind echter Ressourcen- und Klimaschutz. Die Versuche, Mehrweg wieder breiter zu verankern sind bemerkenswerte Leuchttürme, greifen jedoch nicht und die Verantwortlichen ziehen keine Lehren aus der Vergangenheit.

Mit der Einführung der Mehrwegangebotspflicht für den To-go-Bereich müssen Anbieter von Speisen und Getränken neben Einwegprodukten auch Mehrwegalternativen für die Kund:innen anbieten. Sicherlich ein erster wichtiger Schritt, Verpackungsmüll zu reduzieren und vor allem Mehrwegsysteme wieder in den Alltag zurück zu bringen. Doch leider ist der Markt gerade von verschiedenen Anbietern und Lösungen

geprägt, die nicht zusammenpassen – sogenannte Insellösungen. Viele verschiedene Mehrweglösungen kursieren, was es Verbraucher:innen erschwert, sie zu nutzen, da Gebinde nicht überall zurückgegeben werden können und damit ein größerer Aufwand entsteht. Der zweite Nachteil ist, dass Einweg immer noch angeboten werden darf und Mehrweg oft teurer oder umständlicher ist und somit nicht gewählt wird. Oftmals wird die Mehrwegalterna-

tive von Händlern nicht beworben oder ungefragt Einwegverpackung genutzt. Mehrweg im Essensbereich wird zu einem teuren und umständlichen Extrawunsch.

Es ging schon anders

Der Getränkebereich zeigt eindeutig: Mehrweg ist machbar. Insbesondere bei Bieren gibt es ein funktionierendes System mit langer Tradition. Auch für nicht alkoholische Getränke existieren Mehrweglösungen, die jedoch stärker von Einwegprodukten zurückgedrängt werden. Auch andere Branchen hatten in der Vergangenheit eine bedeutende Mehrwegquote, insbesondere Molkereien. Pfand-Milchflaschen und Joghurtgläser waren die dominante Verpackungsform. In beiden Bereichen sind Mehrwegverpackungen rückläufig, diese Entwicklung ist seit den 1990er-Jahren überall wahrnehmbar. Einwegprodukte haben gegenüber Mehrwegprodukten den Vorteil, dass ihre Produktion sehr günstig ist, da Neumaterialien und Rohstoffe nur leicht im Preis gestiegen sind. Die Bewirtschaftung des Mülls wird, je nachdem in welcher Mülltonne die Einwegprodukte und Verpackungen nach der Nutzung landen, von den dualen Systemen oder den Kommunen organisiert und finanziert. Dies ist einfacher und günstiger als die Bewirtschaftung und Logistik von Mehrwegverpackungen, da sich hier verschiedene Arbeitsschritte anschließen. Während zum Beispiel mit Müllverbrennungsanlagen Strom und Wärme produziert und somit sogar ein Plus erwirtschaftet werden kann, braucht es für das Mehrwegsystem eine entsprechende Pfand- und Rückgabefrastruktur, sowie die komplette Logistik dahinter. Mehrwegprodukte müssen gereinigt und wieder neu verteilt werden. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass die Abfüller genug Mehrwegverpackungen haben und die Wege kurz bleiben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dies machbar ist, die Flutung mit billigen Einwegprodukten bleibt dennoch für viele Unternehmen attraktiver. Die Politik hat hier eindeutig versäumt, einen politischen Rahmen zu setzen.

Pool-Mehrwegsysteme

Auch wenn die benötigte Infrastruktur für Mehrwegsysteme nach viel Aufwand und Ressourcenverbrauch klingt, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass Mehrweg deutlich mehr CO₂ und Ressourcen einspart. Eine Hochrechnung prognostiziert, dass allein die konsequente Nutzung von Mehrwegflaschen für alkoholfreie Getränke jährlich so viel CO₂ einsparen würde, wie 900.000 Pkw verursachen². Wenig beachtet ist oftmals, dass die Produktion von Plastik enorm viel Energie und fossile Ressourcen benötigt. Einwegplastik, das am Ende der Nutzungsphase gar verbrannt wird, ist wesentlich ressourcenintensiver als die Wiederverwendung von Produkten.

Natürlich braucht es dafür eine Organisation. Mehrweg-Poole waren und sind bereits verbreite-

te Ansätze. Ein Pool-System bedeutet, dass unterschiedliche Anbieter auf verschiedene standardisierte Mehrweggebinde zurückgreifen können. Ist ein solcher Pool offen und nicht gemanagt, gibt es keine Regeln, Absprachen oder Standards für Qualitätsvorgaben. Dies führt zu Konflikten. Im Bereich von Biermehrweggebinden hatte dies zur Folge, dass vermehrt Individualflaschen auf den Markt kamen und Brauereien sich damit aus dem Pool herausgezogen haben. Die ökologischen Vorteile eines Mehrwegsystems werden so untergraben. Ist ein Pool hingegen gemanagt, gibt es klare Regeln zum Zugriff auf die Gebinde und dafür, welchen Qualitätsstandards diese unterliegen. Dies ermöglicht es kleineren Abfüllern und Anbietern teilzuhaben. In Kombination mit digitalen Registrierungen und Unterstützung der Logistik kann sichergestellt werden, dass die benötigte Menge an Gebinden immer am richtigen Ort ist.

Demokratische Mitbestimmung

Um Monopolisierungen zu verhindern und kleinen Anbietern und Abfüllern gerechte Zugriffe auf einen Mehrwegpool zu verschaffen, braucht es Organisationsformen, die die Mitbestimmung aller im Pool vertretenen Anbieter sichern. Genossenschaften oder Vereine, in denen alle eine Stimme haben, sind bspw. solch eine Form. Ein hierfür tolles Beispiel ist die Genossenschaft Deutsche Brunnen eG. Diese betreibt einen geschlossenen und gemanagten Pool für Mineralwasserflaschen aus Glas und PET. Nahezu jeder Mineralbrunnen in Deutschland ist Mitglied und hat unabhängig von der Größe eine Stimme. Zentrale Entscheidungen werden in der gemeinsamen Generalversammlung getroffen. Anders sieht es bei Mehrwegpools aus, die als GmbH organisiert sind, wie bspw. die Gemema GmbH – ein Biermehrwegsystem für Langhalsflaschen großer Brauereien. In dieser GmbH verteilen sich die Stimmrechte nach Abfüllmenge, wodurch kleinere Brauereien im Nachteil sind.

Noch weiter geht die Demokratisierung, wenn ein Poolsystem und die dazugehörige Infrastruktur



Eine Hochrechnung prognostiziert, dass allein die konsequente Nutzung von Mehrwegflaschen für alkoholfreie Getränke jährlich so viel CO₂ einsparen würde, wie 900.000 Pkw verursachen.

Gemeingut oder Allmende wären. Allmende sind Güter, Ressourcen und Infrastrukturen, die gemeinschaftlich erzeugt, erhalten und genutzt werden und allen Menschen nutzen. Sie sind kein Privateigentum, sondern gehören der Gesellschaft. Gemeingüter ermöglichen es Menschen, auf Ressourcen und Infrastrukturen zurückzugreifen, unabhängig von ihrem Einkommen oder gesellschaftlichen Status und bilden damit einen unerlässlichen Teil in der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. Mehrwegsysteme werden derzeit privat oder teilgesellschaftlich, in Form von Vereinen und Genossenschaften, organisiert und geführt.

Der Aufbau einer flächendeckenden Mehrweginfrastruktur braucht als Erstes große Investitionen in die entsprechenden Betriebsmittel. Demnach müssten Transportmittel für die effiziente Logistik mit kurzen Wegen sowie flächendeckend eine Infrastruktur zur Spülung der Gebinde aufgebaut werden. Eine solche Investition lohnt sich vor allem innerhalb einer großen Skalierung, d.h. wenn sie die ganze Gesellschaft umfasst und eben nicht mehrere solcher Systeme parallel entstehen. Zeitgleich muss die Infrastruktur, um wirklich effizient zu sein, auch nicht überskaliert werden. Da dies entweder ein Monopol oder die Steuerung durch öffentliche Hand gewährleisten könnte, erfüllt ein Mehrwegsystem gute Bedingungen, um als Gemeingut Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu sein.

Wir brauchen einen neuen politischen Rahmen für Mehrweg

Politisch muss der Rahmen dafür geschaffen werden, dass Einwegverpackungen nicht weiter bestehende Mehrweglösungen verdrängen. Mehrwegquoten sollten in allen Bereichen festgelegt und durchgesetzt werden. Sanktionen sollten folgen, wenn Händler diese ignorieren. Verbote von Einwegverpackungen mit entsprechenden Übergangszeiten könnten eine Trendwende einleiten und Mehrweg wieder zur Normalität werden lassen. Ein erster richtiger Schritt ist auch, dass Hersteller von Einweg-Plastikproduk-

ten eine Abgabe zahlen müssen, um die Entsorgung und Reinigung auf kommunaler Ebene mit zu finanzieren. Einwegkunststoff darf sich nicht mehr lohnen als Mehrwegsysteme.

Einheitliche Mehrwegsysteme als öffentliches Gemeingut zu etablieren, sollte parallel vorangetrieben werden, damit dies überall der Normalzustand wird. Jede Person hat ein Recht auf Mehrweg, egal ob sie oder er im Discounter oder im Bioladen einkauft. Auch die Rückgabe muss schnell, jederzeit und unkompliziert erfolgen können. Der Zugang und die Nutzung von Mehrweg sollte kein privater Luxus oder die Ausnahme sein, sondern die Regel und öffentlicher Luxus – also für alle gleichermaßen verfügbar.



Janine Korduan

Janine Korduan ist Referentin für Kreislaufwirtschaft beim BUND.

- 1 Umweltbundesamt (2022): Bundesweite Erhebung von Daten zum Verbrauch von Getränken in Mehrweggetränkerverpackungen.
- 2 Deutsche Umwelthilfe (2022): Mehrwegquote bei Getränken viel zu niedrig.

SCHWERPUNKTPUBLIKATIONEN



HAZARDOUS CHEMICALS IN PLASTIC PRODUCTS

ARNIKA & International Pollutants Elimination Network (IPEN) (2022)

In Afrika und der arabischen Region leiden Umwelt und Gesundheit unter giftigen Chemikalien und importiertem Abfall. Die Studie von Arnika und IPEN zeigt, dass sich besonders in Spielzeugen und anderen Konsumgütern aus schwarzem Kunststoff hohe Konzentrationen von bromierten Flammenschutzmitteln (BFRs) finden, die eigentlich international reguliert sind. Dies ist

auf recycelten Kunststoff aus Elektroschrott und Alt-Fahrzeugen und den dort fehlenden Recyclingvorschriften zurückzuführen. Die Studie fordert strengere Maßnahmen zur Kontrolle von BFRs in Produkten und Abfall.

Download unter:
<https://ipen.org/documents/hazardous-chemicals-plastic-products>



PLASTIC WASTE POWER PLAY

The offshoring and recycling displacement involved in trying to recycle EU plastic waste
Environmental Investigation Agency (2023)

Ein Großteil des in Deutschland und anderen EU-Ländern entstehenden Plastikmülls wird nie recycelt, sondern exportiert. Der Export von EU-Plastikmüll fordert die begrenzten Recyclingkapazitäten in den Empfängerländern heraus. Die wohlhabenden, konsumfreudigen Länder tragen dazu bei, den Status quo aufrechtzuerhalten, anstatt sich auf die Reduzierung des Plastikkonsums zu konzentrieren. Die ärmeren Empfängerländer tragen damit die kaum

zu bewältigende Last, ihren eigenen und den in großen Mengen importierten Müll zu recyceln. Ohne den Zwang, Plastikmüll wohlhabender Länder zu recyceln, hätten diese Länder auch eine größere Kapazität, im Inland erzeugten Müll zu recyceln.

Download unter:
<https://eia-international.org/report/the-offshoring-and-recycling-displacement-involved-in-trying-to-recycle-eu-plastic-waste/>



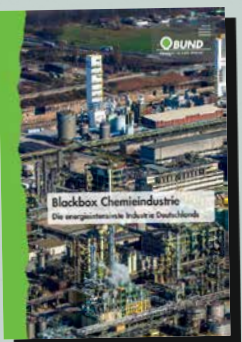
GLOBAL PLASTICS TREATY Positionspapier

Exit Plastik Bündnis

2022 verabschiedete die Umweltversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution UNEA 5/14 ein Mandat, um einen internationalen Verhandlungsprozess (International Negotiation Committee, INC) zu einem rechtlich bindenden Plastikabkommen zu starten. Die Verhandlungen starteten Ende 2022 und laufen derzeit weiter. In ihrem Positionspapier macht das

Bündnis Exit Plastik deutlich, was es aus Perspektive der deutschen Zivilgesellschaft braucht, damit das Ziel, die Plastikverschmutzung weltweit zu beenden, erreicht wird.

Download unter:
<https://exit-plastik.de/positionspapier-global-plastics-treaty/>



BLACKBOX CHEMIEINDUSTRIE Die energieintensivste Industrie Deutschlands

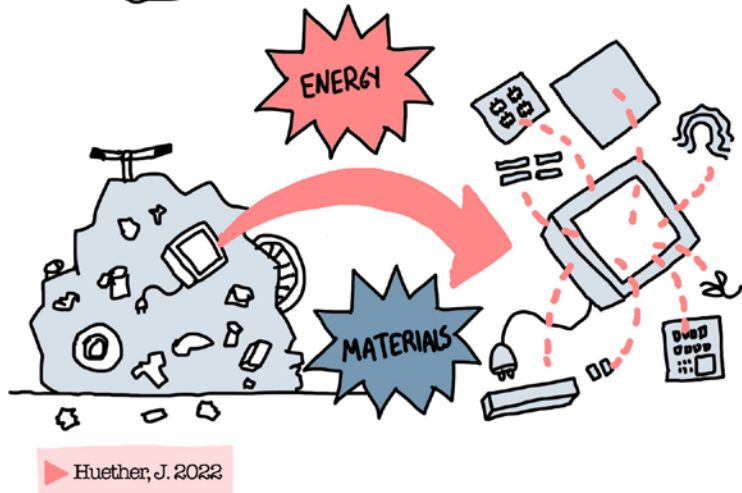
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – BUND (2023)

Die Studie „Blackbox Chemie“ zeigt, dass die Chemieindustrie der größte Verbraucher fossiler Rohstoffe in Deutschland ist. Deutsche Chemiekonzerne verbrauchen bundesweit am meisten Öl und Gas und sind damit der Haupttreiber der Ressourcenkrise. 383 Milliarden Kilowattstunden Energie und Rohstoffe wie Öl und Gas haben Chemiefirmen 2020

verbraucht. Die BUND-Studie beleuchtet als erste Studie eines Umweltverbandes den Status quo der deutschen Chemieindustrie umfassend.

Download unter:
<https://www.bund.net/service/publikationen/detail/publication/blackbox-chemieindustrie/>

It takes a lot of energy AND materials to reuse materials. The irony!



360dialogues/CC-BY-NC-ND 4.0

AUF UMWEGEN ZUR NATIONALEN KREISLAUFWIRTSCHAFTSSTRATEGIE

Was bleibt auf der Strecke?

Unser Ressourcenverbrauch in Deutschland ist enorm und übersteigt bei Weitem das, was die Erde dauerhaft bereitstellen kann. Der verschwenderische Umgang mit Ressourcen ist die Hauptursache für den Klimawandel und den Verlust der Artenvielfalt. Die Kreislaufwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zu einer gerechten und angemessenen Nutzung von Ressourcen leisten. Die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) soll nun Rahmenbedingungen für das zirkuläre Wirtschaften etablieren. Ob sie jedoch zur Senkung des absoluten Primärrohstoffverbrauchs und damit zum Ressourcenschutz beitragen kann, hängt davon ab, ob sie verbindliche Ziele und Maßnahmen und ein ganzheitliches Verständnis der Kreislaufwirtschaft enthält.

Um das Ziel des Koalitionsvertrages zu erreichen, den primären Rohstoffbedarf absolut zu senken, hat die Bundesregierung im April vergangenen Jahres mit der Erarbeitung der NKWS begonnen. Federführend ist dabei das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nu-

kleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), das dazu einen umfangreichen Stakeholder-Prozess gestartet hat. Unterstützt wird das BMUV durch ein begleitendes Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes und diverse Stakeholder aus Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik. Die

Ziele der NKWS sind nicht unambitioniert: Umweltbelastungen reduzieren, Biodiversität und Klima schützen, Treibhausgas-Emissionen und Energieverbräuche reduzieren. Zudem soll die NKWS die Resilienz der deutschen Wirtschaft stärken und zu einer sicheren Rohstoffversorgung beitragen. So der Plan.

Holpriger Start

Den Auftakt des Beteiligungsprozesses zur Erarbeitung der NKWS machte ein Spitzengespräch, zu dem Akteur:innen aus Verbänden geladen wurden. Bereits dort machten sich Umweltorganisationen für konkrete Ressourcenschutzziele sowie deren gesetzliche Verankerung stark, um das Ziel der Senkung des Primärressourcenverbrauchs zu erreichen. Im Beteiligungsprozess stehen zunächst acht Handlungsfelder (Kunststoffe, öffentliche Beschaffung, Fahrzeuge und Batterien, Informations- und Kommunikationstechnik sowie Elektrogeräte, zirkuläre Produktionsprozesse, Metalle, Gebäude, Bekleidung und Textilien), im Mittelpunkt, mit denen sich Expert:innen an Runden Tischen intensiv beschäftigen. Die Runden Tische tagten in zwei Phasen. Doch noch bevor der Stakeholder-Prozess richtig startet, taucht hier das erste Manko auf: zu wenig Plätze für NGOs an den Runden Tischen. Letztendlich wurden Umwelt- und Entwicklungsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Verbänden zwei Plätze pro Runden Tisch zugestanden. Aber auch bei der inhaltlichen Definition der Handlungsfelder im Rahmen der ersten Phase der Runden Tische macht sich bei einigen Teilnehmenden Enttäuschung breit. Der Bereich Verpackungen wurde zunächst ausgeklammert, da auf EU-Ebene parallele Prozesse zur EU-Verpackungsverordnung laufen; auch verkehrspolitische Maßnahmen wurden zunächst ausgespart.

Auch wenn sich schnell unterschiedliche Prioritäten abzeichnen, ist die Unterstützung zur Erarbeitung der NKWS bei allen Teilnehmenden groß. Positiv ist auch, dass das begleitende Forschungsvorhaben im Laufe des Prozesses immer wieder wichtige Impulse zur Eindämmung des übermäßigen Rohstoffverbrauchs entlang der gesamten Wertschöpfungskette gibt und die Notwendigkeit einer Transformation der gesamten Wirtschaft aufzeigt. Denn wir brauchen einen tiefgreifenden Wandel der Produktions- und Lebensstile, um die aktuellen ökologischen und sozialen Krisen in den Griff zu bekommen.

Umwelt- und Entwicklungsorganisationen weisen auf blinde Flecken hin

Auffällig ist die Dominanz von industrienahen „Lösungen“ – was an einigen Runden Tischen durch die starke Präsenz von Recyclingunternehmen nicht verwunderlich ist. Strengere Pflichten für Hersteller und weitere Wirtschaftsakteure wurden durchaus thematisiert, im späteren Verlauf des Prozesses

finden sich diese Maßnahmen jedoch kaum wieder. Höhere Stufen der Abfallhierarchie, wie Vermeidung und Wiederverwertung werden weniger prominent diskutiert, doch gerade dort besteht das größte Potenzial zur Entlastung der Umwelt.

Neben dem Recycling-Fokus und dem Auslassen wichtiger Themenfelder weisen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen im Laufe des Beteiligungsprozesses auf diverse Lücken hin. Beispielsweise wird der internationalen Perspektive zunächst kein Raum gegeben, obwohl die meisten Ressourcenströme grenzüberschreitend sind und die Förderung der Kreislaufwirtschaft in Deutschland auch Folgen andernorts haben wird. Diverse Organisationen machen sich zu Beginn des Stakeholder-Prozesses für die Einbindung globaler Fragestellungen stark. Zum später hinzugefügten Handlungsfeld „Internationale Stoffströme“ wurde die nationale Zivilgesellschaft jedoch nicht eingeladen.

Die Kunst der Beteiligung

Von Anfang an herrschte bei einigen Teilnehmenden des Stakeholder-Prozesses Unklarheit darüber, wie die Ergebnisse der Runden Tische berücksichtigt werden. Die Gründe für die Aufnahme oder Streichung von Zielen und Maßnahmen aus den Beteiligungsformaten des Stakeholder-Prozesses sind nicht immer transparent. Die Teilnehmenden der Runden Tische finden wichtige Inputs in späteren Phasen des Beteiligungsprozesses nicht wieder.

Im Idealfall werden die Erkenntnisse von den politischen Entscheidungsträger:innen bei der Umsetzung eines Vorhabens berücksichtigt und im Idealfall sollte die Entscheidungsfindung im Prozess auch transparent sein. Es sollte klar sein, wie Feedback berücksichtigt und Entscheidungen schlussendlich getroffen werden. Eine schwache Kommunikation der Entscheidungen im Beteiligungsprozess kann zu einem Vertrauensverlust führen und dies betrifft nicht nur das Vertrauen der betroffenen Stakeholder in einem spezifischen Beteiligungsprozess. Haben Interessengruppen das Gefühl, dass ihre Bedenken und Perspektiven keinen Einfluss finden, kann das im schlimmsten Fall dazu führen, dass die Legitimi-



Die starke Betonung des Recyclings im Beteiligungsprozess zur Erarbeitung der NKWS erweckt den Eindruck, dass sich ein Großteil der Probleme der Ressourcenkrise durch das Recyceln von Stoffen lösen lasse. Das Recycling steht aber nicht ohne Grund nur an dritter Stelle der Abfallhierarchie.

tät der entwickelten Strategie in Frage gestellt wird oder die Akzeptanz schwindet. Dabei sind Beteiligungsprozesse vor allem bei Querschnittsthemen wie der Kreislaufwirtschaft ein wichtiges Mittel, um politische Strategien auszuloten. Durch die Einbindung verschiedener Interessensvertreter:innen werden Konflikte und Übereinstimmung für die Erreichung der politischen Ziele sichtbar. Beteiligungsprozesse bieten eine gute Möglichkeit, um wertvolle Ideen und Vorschläge zur Umsetzung politischer Ziele zu sammeln und von bereits vorhandener Expertise zu profitieren.

Warum wir uns nicht aus der Krise raus-recyceln können

Die starke Betonung des Recyclings im Beteiligungsprozess zur Erarbeitung der NKWS erweckt den Eindruck, dass sich ein Großteil der Probleme der Ressourcenkrise durch das Recyceln von Stoffen lösen lasse. Das Recycling steht aber nicht ohne Grund nur an dritter Stelle der Abfallhierarchie. Es ist energieintensiv und diese Energie kann noch nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Nicht alle Stoffe, die technisch recycelbar sind, werden auch tatsächlich recycelt. Derzeit sind 12 % der in Deutschland eingesetzten Rohstoffe Sekundärrohstoffe, bei Ausschöpfung des maximalen Potenzials läge die Quote bei 22 %¹. Aber auch bei optimierten Recyclingprozessen geht bei jedem Verfahren Material verloren. Je nach Recyclingverfahren ist die Dissipation, also der Verlust von Rohstoffen, unterschiedlich groß. Außerdem werden Wasser, Energie und teilweise Chemikalien verbraucht. Fakt ist auch, dass die Qualität der Materialien sinkt, zum Beispiel durch Verunreinigungen. Hinzu kommt, dass der Bedarf an Rohstoffen rasant wächst und auch mit optimierten Recyclingtechnologien nicht gedeckt werden kann. Verfahren wie das chemische Recycling reißen sich in eine Liste der Technofixes, also technische Lösungen ein, die der Ressourcenkrise (vermeintlich) begegnen, ohne die Logik des Wirtschaftens und des gesellschaftlichen Zusammenlebens verändern zu wollen – auch sie werden im Stakeholder-Prozess umstritten diskutiert.

Recycling ist ein wichtiges Element der Kreislaufwirtschaft und Sekundärrohstoffe aus Recycling sind Primärrohstoffen deutlich vorzuziehen. Es wäre jedoch fatal, das Verständnis von Kreislaufwirtschaft auf Recycling zu beschränken. Die NKWS muss den gesamten Lebenszyklus von der Rohstoffgewinnung über die Produktion bis zur Entsorgung berücksichtigen. Insbesondere Maßnahmen am Anfang der Wertschöpfungskette, wie Produktdesign und Ressourceneinsatz in der Produktion, lange Nutzungsdauer, Reparierbarkeit und Wiederverwendbarkeit von Produkten, können einen großen Beitrag zur Ressourcenschonung leisten.

Jetzt Ressourcenschutzgesetz verankern

Kreislaufwirtschaft ist kein Selbstzweck. Um einen Beitrag zur Senkung des absoluten Primärrohstoffverbrauchs zu leisten, muss die NKWS die notwendige Verbindlichkeit schaffen, um den absoluten Verbrauch von Primärrohstoffen auf ein sozial gerechtes und verträgliches Maß zu reduzieren. Deshalb muss die Überarbeitung der rechtlichen Rahmenbedingungen ein zentraler Bestandteil der NKWS sein. Notwendig ist ein Ressourcenschutzgesetz mit mittel- und langfristigen absoluten, quantifizierbaren und verbindlichen Zielen zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs.



Anika Bender

Anika Bender ist Referentin für Rohstoff- und Ressourcenpolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung und begleitet mit dem Netzwerk Ressourcenwende die Erarbeitung der NKWS.

¹ Dittrich, M.; Limberger, S.; Ewers, B.; Stalf, M.; Vogt, R.; Knappe, F. (2021): Sekundärrohstoffe in Deutschland



geralt/Pixabay

WO STEHEN WIR BEIM EUROPÄISCHEN GREEN DEAL?

Zwischenfazit an der Zehn-Kilometer-Marke beim Marathon der sozial-ökologischen Transformation

Mit dem europäischen Green Deal hat die Europäische Union den Startschuss für eine sozial-ökologische Transformation Europas gegeben. Doch der Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft hin zu Klimaneutralität und Umweltschutz ist kein 100-Meter-Sprint, sondern eher ein Marathon. Seit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen 2019 den europäischen Green Deal vorgestellt hat, sind zahlreiche Gesetze zwischen EU-Kommission, EU-Parlament und Minister:innenrat verhandelt worden. Wie sieht es um den Green Deal als Ganzes kurz vor Ende der Legislaturperiode aus?

Eins ist sicher, wir sind in der endenden Legislatur große Schritte vorwärts hin zu einer klimaneutralen, zukunftsfähigen EU gekommen. Bei aller Kritik an dem, was noch fehlt, um diesen Marathon erfolgreich zu meistern und dabei alle mitzunehmen, ist es trotzdem wichtig, die Erfolge anzuerkennen. Kleine Zwischenerfolge zu feiern, hilft schließlich die Motivation aufrechtzuerhalten,

und die brauchen wir dringend. Der aktuellen Stand der Green Deal Gesetze ist hier einsehbar. ¹

The Good: Große Schritte hin zu einem zukunftsfähigen, klimaneutralen Europa

Ein großer Erfolg ist das „Fit-for-55“-Paket, ein Gesetzesbündel zur Klima- und Energiepolitik der EU für dieses Jahrzehnt, das sicherstellen soll, dass die

EU ihr Klimaziel von mindestens 55 % Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 erreicht. Das Paket ist vielfältig: Herzstück ist der bestehende Emissionshandel für Energie und die energieintensive Industrie (ETS1), der in den nächsten Jahren um einen weiteren Emissionshandel für den Verkehrs- und Gebäudesektor (ETS2) ergänzt wird. Auch wenn es daran viel berechtigte Kritik und einiges an Verbesserungspotenzial gibt², ist es trotzdem ein Erfolg, dass ein Großteil der europäischen CO₂-Emissionen hiermit reguliert und gedeckelt werden und mit dem Klimasozialfonds auch die soziale Flankierung von Klimaschutzmaßnahmen angedacht ist. Zentrale Elemente des Pakets sind darüber hinaus Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Stärkung der Energieeffizienz sowie klare Ziele für die Emissionsminderung in vielen Sektoren für die Mitgliedstaaten. Besonders wichtig aus Umwelt-NGO-Sicht sind außerdem ordnungsrechtliche Vorschriften wie das Verbrenner-Aus für Pkw bis 2035 sowie die Gebäudeeffizienzrichtlinie, bei der die Einigung noch aussteht.

Der Green Deal geht aber deutlich über das „Fit-for-55“-Paket hinaus. Zu Beginn der Legislatur hat die EU-Kommission noch einige gute Impulse gesetzt, insbesondere mit der Farm-to Fork-Strategie zur nachhaltigeren, gesünderen Produktion von Lebensmitteln und der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, der Biodiversitätsstrategie zum Schutz und zur Wiederherstellung der Artenvielfalt und dem Aktionsplan Kreislaufwirtschaft zur Minderung des Ressourcenverbrauchs. Jedoch wurden nur Teile dieser Strategien und Pläne umgesetzt. Im Naturschutz ist hier vor allem das EU-Renaturierungsgesetz zu nennen. Dieses Gesetz soll die Wiederherstellung der zahlreichen geschädigten Ökosysteme in der EU voranbringen. Auch wenn das Gesetz auf der Zielgerade noch stark verwässert wurde, ist es trotzdem ein wichtiger Baustein des Green Deals, der in der nächsten Legislatur mit finanziellen Mitteln gestärkt werden muss. Bei der Kreislaufwirtschaft sind Erfolge unter anderem das Recht auf Reparatur und die Ökodesign-Verordnung, mit der das Recycling von Produkten gestärkt und die Vernichtung unverkäuflicher Textilien verboten werden. Auch die noch nicht zu Ende verhandelte Verpackungsverordnung, die Verpackungsabfälle reduzieren soll, könnte ein wichtiger Baustein für die Kreislaufwirtschaft sein.

The Bad: Humpelnder Green Deal – Klimaschutz ja, Natur-, Tier- und Umweltschutz Jein
Allerdings scheint der Wille bei bestimmten Gesetzesideen des Green Deals – insbesondere zur Eindämmung der Biodiversitätskrise – auch in der EU-Kommission zu schwinden: So hat die EU-Kommission anders als ursprünglich angekündigt, die im Green Deal vorgesehene Revision der EU-Chemikalienverordnung REACH aufzugeben und sich damit von der Vision einer giftfreien Umwelt

verabschiedet. Gerade zur Ursachenbekämpfung im Landwirtschaftssektor sind in dieser Legislaturperiode sehr viel weniger Verbesserungen angeschoben worden als geplant. Dabei ist Gesetzgebung in der Landwirtschaft ein zentraler Hebel, um die EU nachhaltig, giftfrei, gerechter für Tier und Mensch und klimaneutral zu gestalten. Doch wichtige Initiativen wie das angekündigte Gesetz für nachhaltige Ernährungssysteme, eine Verordnung zur besseren Regulierung von Pestiziden sowie die Überarbeitung der europäischen Tierschutzgesetzgebung hat die EU-Kommission nicht mehr vorgelegt bzw. zurückgezogen. Auch bei den vorgeschlagenen Gesetzen gab es einige Rückschläge. So ist beispielsweise das Bodenschutzgesetz in eine zahnlose Richtlinie zur Bodenüberwachung degradiert worden. Damit steht das Ziel auf der Kippe, gesunde Böden in der EU bis 2050 zu erreichen. Diese sind unverzichtbare Grundlage für vielfältige Ökosysteme, sichere Ernten und eine krisenfeste Landwirtschaft. Auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) will die EU-Kommission aktuell Mindeststandards zum Schutz der Umwelt abbauen.

The Ugly: Stolpersteine auf dem Weg hin zur sozial-ökologischen Transformation

Leider sehen wir aktuell, dass die europäischen Parteien und Politiker:innen schon in Wahlkampfstimmung sind und die Stimmen für ein Belastungsmoratorium für Dossiers des europäischen Green Deals immer lauter werden. Angefangen hat diese Tendenz mit dem Aufruf des Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei (EVP) Manfred Weber bei der Abstimmung im EU-Parlament zum Renaturierungsgesetz im Juli an seine christlich-demokratische Parteienfamilie, gegen das Gesetz zu stimmen. Ursula von der Leyen und die EVP scheinen zwar am Green Deal festhalten zu wollen, gleichzeitig werden jedoch beispielsweise in den Diskussionen um das EVP-Parteiprogramm Rufe laut nach einem legislativen Moratorium und sogar der Abschaffung des Verbrenner-Aus für Pkw bis 2035, also eines bestehenden Gesetzes des Green Deals. Die FDP geht sogar so weit, in ihrem Europawahlprogramm mehrere Gesetze wie das Verbrenner-Aus bis 2035, die Gebäudeeffizienzrichtlinie und die Ökodesignrichtlinie abschaffen zu wollen. Diese Haltung würde die soziale Spaltung in Europa drastisch verstärken, wenn die Preise in den verbraucher:innennahen Gebäude- und Verkehrssektoren durch den neuen Emissionshandel (ETS2) steigen werden. Dabei sollte gerade in Krisenzeiten klar sein, dass Klimaneutralität nur Hand in Hand mit sozialer Gerechtigkeit geht.

Um den Marathon der sozial-ökologischen Transformation durchzuhalten, sollten wir uns keine Steine selbst in den Weg legen. Dazu gehört, dass wir Gerechtigkeit als Basis der sozial-ökologischen Transformation immer mitdenken. Die sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn alle



Um den Marathon der sozial-ökologischen Transformation durchzuhalten, sollten wir uns keine Steine selbst in den Weg legen. Dazu gehört, dass wir Gerechtigkeit als Basis der sozial-ökologischen Transformation immer mitdenken.

Menschen in der EU dazu befähigt sind, diese mitzugestalten, denn so erhöht sich die Akzeptanz für Klima- und Umweltschutz in der Bevölkerung. Durch die Gleichstellung der Geschlechter und Berücksichtigung marginalisierter Gruppen können soziale Ungleichheit und Umweltverschmutzung reduziert und gesellschaftliche Teilhabe erhöht werden. Daher müssen soziale und ökologische Fragen viel mehr zusammengedacht und ökologisch wirksame Preissignale sozial gerecht abgefedert werden. Beim Klimaschutz heißt das beispielsweise, dass Finanzinstrumente wie der Klimasozialfonds dringend gestärkt werden müssen. Marktbasierende Instrumente zur CO₂-Bepreisung wie der ETS2 müssen dringend von Ordnungsrecht wie Sanierungsstandards im Gebäudesektor begleitet werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass der soziale Frieden erhalten und die Wärme- und Mobilitätswende gelingt, indem alle Menschen unabhängig von ihrer ökonomischen oder sozialen Situation am ökologischen Fortschritt teilhaben können.

Das Ziel fest im Blick: Wie weiter mit dem Green Deal?

Die letzten Jahre haben gezeigt: Die EU hat mit dem Green Deal einen guten Start hingelegt. Doch jetzt braucht es Durchhaltevermögen. Es bedarf einer konsequenten und ambitionierten Umsetzung und einer Weiterentwicklung in der nächsten Legislaturperiode, damit die EU klimaneutral, nachhaltig und resilient wird. Dafür sind die EU-Wahlen im Juni 2024 und das kommende Arbeitsprogramm der dann neuen EU-Kommission entscheidend. Zentral wird hier sein, die sozial-ökologische Transformation mit starken Initiativen voranzubringen, indem beispielsweise die Landwirtschaft ökologischer, sozialer und klimafit gemacht oder der Verkehrssektor elektrifiziert und auf die Schiene gesetzt wird. Wichtig ist, sämtliche Finanzmittel klar an die Erfordernisse zur Realisierung des europäischen Green Deals anzupassen und mehr Konsistenz zwischen öffentlicher Umwelt- und Finanzpolitik zu schaffen. All das fordern 95 DNR-Mitgliedsorganisationen in ihren Europawahlforderungen³.

Die aktuellen Zahlen sind leider eindeutig: Die Rechartextremen und -konservativen Fraktionen könnten im nächsten EU-Parlament einen riesigen Zuwachs bekommen, eine Mehrheit für mehr Klima- und Umweltschutz wird dann immer unwahrscheinlicher. Gerade angesichts dieses rasanten Zuwachses an rechtspopulistischen und europafeindlichen Kräften müssen die europäischen Bürger:innen und Parteien jetzt alles daran setzen, die Demokratie zu stärken, nicht zuletzt, um die konsequente Weiterführung und Umsetzung des europäischen Green Deals sicherzustellen. Darüber werden wir bei der Europawahl am 9. Juni 2024 entscheiden: Uns darf jetzt nicht die Puste ausgehen hin zu einer nachhaltigeren, gerechteren, klimaneutralen und menschlicheren EU.



Elena Hofmann

Die Politikwissenschaftlerin Elena Hofmann ist Koordinatorin für die Europawahl und Referentin für EU-Klimapolitik beim Deutschen Naturschutzring.

- 1 European Parliament: Legislative Train Schedule – A European Green Deal.
- 2 DNR (2022): Fit for 55: Jumbo-Trilog gebiert Mäuse mit Potenzial.
- 3 DNR (2023): Natürlich Europa – Wir haben die Wahl.



lvko/Pixabay

NEUE RECHTLICHE KNEBEL FÜR ÖKO- UND VIELFALTS-SAATGUT?

Mit der Entfesselung von Genschern und einer EU-weiten, möglichst ausnahmslosen Vereinheitlichung des Saatgutrechts wollen die Agrarkonzerne ihre Geschäftsmodelle an den Nachhaltigkeitszielen vorbei retten.

Die beiden Gesetzesentwürfe zur Deregulierung der Neuen Gentechniken (NGT) und zur Reform des Saatgutverkehrsrechts hat die EU-Kommission parallel im Juli 2023 dem EU-Parlament vorgelegt. Schon am Folgetag wurde sowohl im Agrarausschuss als auch im Ausschuss für Umweltfragen darüber diskutiert. Der äußerst eng getaktete Zeitplan sah vor, bis zur Parlamentswahl im Juni 2024 die neuen Verordnungen zu beschließen. Beim Saatgutrecht wurden bereits die Zügel gelockert; der Trilog wird erst nach der Wahl stattfinden. Beim Gentechnikrecht, offensichtlich prioritär, wird seit der Abstimmung im Plenum am 6. Februar 2024 über den weiteren Zeitplan und die Inhalte intensiv gerungen. Derzeit, bei Redaktionsschluss, scheint der Ministerrat nicht bereit, der NGT-Deregulierung zuzustimmen, trotz intensiver Werbung zuerst der spanischen und jetzt der belgischen EU-Ratspräsidentschaft.

Warum die Eile bei der Genschere?

Inhaltlich wird das Tempo damit begründet, dass die EU den Anschluss an den internationalen Wettbewerb verliere, wenn die Deregulierung der NGT nicht bald komme. Insbesondere der Nutzen der Genschere für klimaangepasste Sorten mit größerer Hitze- und Dürretoleranz sei essenziell. Allerdings wird oft verschwiegen, dass klimaangepasste Sorten nicht schnell verfügbar sein werden, auch nicht in Ländern, in denen Genschereprodukte auf dem Markt sind. Solche Eigenschaften sind nämlich nicht durch einzelne Gene bestimmt, die eine Genschere an- oder abschalten könnte. Über das Erbgut für Hitze- oder Dürretoleranz ist noch sehr wenig bekannt. Die Deregulierung von Genschere hilft den Landwirten also auf absehbare Zeit nicht.

Taktisch soll der Durchmarsch wohl vor allem die mindere Qualität und die möglichen Folgen des Entwurfs verschleiern. Er würde die bisherige europäische Gentechnikpolitik komplett diskreditieren. Bloß nicht zu lange diskutieren, damit die Schwächen nicht zu früh ans Licht kommen. Doch genau das ist bei der Diskussion im EU-Parlament Anfang Februar passiert. Der Entwurf wurde dann zwar verabschiedet, aber mit deutlichen Zugeständnissen an die Kritiker, und mit weitaus weniger Stimmen als erwartet.

Dennoch haben die NGT-Lobbyist:innen das Wesentliche bis hierhin gerettet: Das Parlament stimmte dafür, NGT-Pflanzen künftig ohne Risikoprüfung zuzulassen. Dies gilt für fast alle Genschere-Produkte, einschließlich Wildpflanzen wie Bäume, Gräser und Algen, die dann ohne Risikoprüfung in die Umwelt gelangen könnten. Wissenschaftsorganisationen und 139 zivilgesellschaftliche Organisationen haben im Vorfeld darauf hingewiesen, dass die wissenschaftliche Grundlage dafür fehlt. Zudem würde gegen das im EU-Grundlagenvertrag verankerte Vorsorgeprinzip verstoßen. Die NGT-Kontaminierung des gentechnikfreien Anbaus und sogar der Vermehrungsflächen für die Vielfaltserhaltung wäre kaum noch zu verhindern. Genau das ist wohl die Absicht der Agrarkonzerne, ihr Gentechnik-Geschäftsmodell samt geistigem Eigentum überall durchzusetzen. Auch das bisher geltende und viel genutzte Opt-out fehlt, – die Möglichkeit auf gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) auf nationaler Ebene gänzlich zu verzichten.

Immerhin stimmte die Mehrheit im Parlament für Verbraucherkennzeichnung, Rückverfolgbarkeit, Umweltmonitoring und die Möglichkeit, Zulassungen zu widerrufen. Das war im Kommissionsentwurf nicht vorgesehen. Mit dem durchaus bemerkenswerten Hinweis auf die Marktmacht der Konzerne forderte das Parlament mehrheitlich, aber völlig wirkungslos, ein Verbot der Patentierung von NGT. Dies ist nämlich Sache des von der EU unabhängigen Europäischen Patentamts.

Saatgutrechtsreform für Konzerninteressen

Das geltende Saatgutrecht erlaubt längst nicht mehr nur uniforme und stabile Sorten. Daneben dürfen

seit einem Jahrzehnt in kontrolliertem Umfang auch sogenannte Erhaltungssorten und Amateursorten auf den Markt. Zudem gibt es Ausnahmen für den Verkauf von Vielfaltssorten, die nicht registriert sind: Einige Mitgliedstaaten erlauben ihn explizit, in den meisten anderen wird er wegen des öffentlichen Interesses an der Vielfaltserhaltung toleriert.

Bereits vor einem Jahrzehnt sollte das Saatgutrecht reformiert werden. Vor allem der Industrieverband Euroseeds fordert die Harmonisierung der vielen Richtlinien als Verordnung. Sie wäre auch als Rechtsmodell bei Freihandelsverträgen im Globalen Süden leichter durchzusetzen. Multinational tätige Konzerne könnten Rationalisierungsgewinne einstreichen. Dieser Forderung kam die EU-Kommission mit der Veröffentlichung des Saatgutrechts-Vorschlag vom Juli 2023 nach.

2014 scheiterte die Reform nicht nur am geballten Protest der Vielfalts-, Naturschutz- und Verbraucherorganisationen, sondern die Ökozüchter erwirkten in der Folge auch eine weitere Öffnung für Vielfalt: Erst als Forschungsprojekt und schließlich als Teil der Ökoverordnung darf Saatgut von „ökologischen heterogenen Populationen“ seit 2022 auf den Markt. Außerdem kündigte die EU-Kommission an, für Ökosorten eine Zulassung zu schaffen. Es sollte dabei nicht um biologisch vermehrte Hybridsorten aus der Saatgutindustrie gehen, sondern um samenfeste Sorten, gezüchtet speziell für den Ökolandbau. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht für die im Ökobereich wichtigen heterogenen Populationen, Erhaltungs- und Amateursorten aufwendigere Vorschriften vor.

Die EU-Kommission erntete diesmal Zustimmung von Euroseeds und eine Menge Kritik von vielen Seiten. Zu viel Wichtiges wird in delegierten Rechtsakten erst später durch die Kommission geregelt werden und damit unklar und für Lobbyeinfluss offenbleiben. Zudem sind erhebliche neue Verwaltungsaufgaben geplant, beispielsweise ein eigenes Register für Saatgut-Unternehmer. Regelungen für Obstvermehrungsmaterial sind unklar.

Die EU-Kommission selbst hält ihren Vorschlag für ausgesprochen vielfaltsfreundlich, weil Sorten für den Hobbygarten nicht mehr registriert werden müssten, und weil Hobbygärtnernde selbst Saat-



Die neuen Verwaltungsvorschriften würden Kleinstbetriebe und Einzelpersonen wohl zum Aufgeben zwingen, da der Aufwand schlicht nicht leistbar wäre.

gut frei verkaufen dürften. Allerdings tolerieren viele Mitgliedstaaten schon jetzt den Verkauf informeller Sorten oder erlauben ihn sogar explizit, teilweise sogar auch den berufsmäßig engagierten Erhalter:innen. Genau diesen würde der Kommissionsvorschlag künftig vorschreiben, über den Verkauf informeller Sorten Rechenschaft abzulegen. Hinzu kommt die geplante Betreiberregistrierung mit weiteren Vorschriften.

In der EU wird Vielfaltssaatgut überwiegend von Einzelpersonen oder Kleinstbetrieben handwerklich produziert und verkauft. Der Aufwand ist enorm, weil zahlreiche Arten und Sorten säuberlich getrennt angebaut, geerntet, gereinigt und in Kleinstportionen verpackt werden. Hinzu kommen artspezifisches Wissen und Erfahrungen, die an Interessierte weitergegeben werden. Die neuen Verwaltungsvorschriften würden Kleinstbetriebe und Einzelpersonen wohl zum Aufgeben zwingen, da der Aufwand schlicht nicht leistbar wäre. Doch gerade die berufsmäßig tätigen Erhalter:innen bilden den wesentlichen, weil stetigsten Teil der On-Farm-Erhaltung. Auch muss mit erheblich höheren Preisen für das Vielfaltssaatgut gerechnet werden, was wiederum die Nutzung dieser Sorten verringern würde. An Kooperativen Solidarischer Landwirtschaft (Solawi) oder Erwerbsgärtnereien, die Vielfaltssorten für lokale Märkte oder Restaurants ausprobieren, könnte weiterhin nur Saatgut angemeldeter Sorten verkauft werden. Die politisch so erwünschte Entwicklung von Wertschöpfungsketten bei Vielfaltssorten würde im Keim erstickt.

Internationale Abkommen nicht berücksichtigt

Der Ansatz des EU-Reformvorschlags, berufsmäßige Vielfaltserhaltung unter dieselben Vorschriften zu bringen, die mit der geplanten Verordnung eigentlich für Saatgut für die Erwerbslandwirtschaft gedacht sind, ist grundlegend falsch. Er ignoriert den Saatgutvertrag der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und auch den globalen Aktionsplan, der ihn umsetzen soll. Der Aktionsplan weist nicht nur Genbanken, sondern auch der sogenannten On-Farm-Erhaltung (in Gärten und auf Äckern) höchste Bedeutung zu und sichert die bäuerlichen Rechte, Saatgut selbst

zu produzieren, auszusäen, zu tauschen und zu verkaufen. 2018 wurde die UN-Menschenrechtscharta durch eine Erklärung über die Rechte von Kleinbauern ergänzt. Auch dagegen verstößt der EU-Saatgutrechtsvorschlag mit seinem speziell für Landwirte vorgesehenen Verbot des Verkaufs von selbst produziertem Saatgut.

Pestizid-Konzerne im Hintergrund

Die vier Chemiekonzerne Bayer AG, Corteva Inc, ChemChina Corp. und BASF sind gleichzeitig Weltmarktführer bei Saatgut. Während Chemieprodukte nicht gut laufen, wächst der Umsatz mit Agrarprodukten. Da zählt alles, was diesen Markt vergrößern könnte. Herbizidtolerante gentechnisch veränderte Pflanzen, ein wichtiges Geschäftsmodell von Chemiekonzernen, gelten bei den EU-Gremien aber bereits als nicht nachhaltig. Das Parlament hat dazu über widersprüchliche Regelungen abgestimmt, die im Trilog zur Klärung anstehen. Pro Deregulierung der NGTs argumentieren die Konzerne mit mehr Nachhaltigkeit. Beim vorgeschlagenen Saatgutrecht würden Sorten, auch NGTs, sogar auf Nachhaltigkeit „geprüft“ werden, allerdings würden die Herstellerangaben ausreichen. „Nachhaltig“ könnte dann auf dem Etikett stehen. Gleichzeitig hat es die Konzernlobby geschafft, das Pesticide Reduction Law (SUR) aus der Bahn zu werfen. Deutlicher können die wahren Interessen der Chemiekonzerne kaum sichtbar werden.



Dr. Susanne Gura

Dr. Susanne Gura ist ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt e.V.



Ludovic Courtès/CC BY-SA 3.0

DAS MENSCHENRECHT AUF EINE GESUNDE UMWELT

Von der Anerkennung zur rechtlichen Verbindlichkeit

2022 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) eine Resolution verabschiedet, in der sie das Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt (kurz: Recht auf eine gesunde Umwelt) anerkennt. 2021 hatte der UN-Menschenrechtsrat das Recht in einer Resolution ohne Gegenstimmen und mit vier Enthaltungen von Russland, China, Indien und Japan anerkannt. Doch beide Gremien können keine völkerrechtlich bindenden Entscheidungen treffen, sodass bisher keine konkreten Pflichten für Staaten entstehen. Dennoch wurde die Resolution vielfach als wichtiger Schritt gefeiert, um die Themenbereiche Menschenrechte und Umwelt besser miteinander zu verknüpfen. Nun gilt es Wege zu finden, die Verbindlichkeit zu erhöhen und das neue Menschenrecht mit konkreten Inhalten zu füllen.

Bestehende internationale Menschenrechtsinstitutionen und -tribunale haben Umweltaspekte bisher z.B. als Bestandteil der Rechte auf Leben, Gesundheit und Privatsphäre behandelt. Es gibt mittlerweile einen ganzen Katalog von unumstrittenen Staatenpflichten in diesem Bereich, die rechtlich verbindlich sind und eingefordert werden können. Manche Stimmen argumentieren, dass es eher einer besseren Durchsetzung dieser bestehenden Menschenrechte bedarf, als mit dem Recht auf eine gesunde Umwelt ein neues Recht zu schaffen. Doch hat das Recht auf eine gesunde Umwelt eine wichtige Signalwirkung und ist Ausdruck der Erkenntnis, dass die Themenbereiche Umwelt und Menschenrechte sich gegenseitig bedingen. Zudem kann das Recht als eine Art „Auffangrecht“ fungieren, indem es Regelungslücken an der Schnittstelle von Umwelt- und Menschenrechtsthemen adressiert, die von bestehenden Menschenrechten nicht abgedeckt sind. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass derartige Lücken im Zuge der Klima-, Verschmutzungs- und Biodiversitätskrise zunehmend offenbar werden.

Den Inhalt fortentwickeln

Durch die Verankerung in einem internationalen oder regionalen Vertrag könnte das Recht auf eine gesunde Umwelt für die Staaten rechtlich verbindlich werden. Doch auch ohne eine solche Festschreibung in einem Vertragswerk kann durch eine zunehmende Weiterentwicklung und Konkretisierung des Rechts zuerst politische und langfristig auch rechtliche Verbindlichkeit entstehen. Ein solcher Prozess ist bereits angestoßen.

2018 veröffentlichte der damalige Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt, John Knox, zum Ende seiner sechsjährigen Amtszeit 16 Rahmenprinzipien mit menschenrechtlichen Verpflichtungen zur Realisierung einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt.¹ Sein Anspruch war es, in den Prinzipien geltendes Recht zusammenzufassen. Die Rahmenprinzipien geben eine grobe Orientierung, welche menschenrechtlichen Verpflichtungen zur Realisierung einer gesunden Umwelt bereits existieren und was ein Recht auf eine gesunde Umwelt genau beinhalten könnte. Neben prozeduralen Verpflichtungen, wie Diskriminierungsfreiheit, Zugang zu Information und der Bereitstellung eines wirksamen Rechtsbehelfs beinhalten die Rahmenprinzipien z.B. Umweltstandards, die explizit auch gegenüber privaten Akteuren durchzusetzen sind.

Seit seiner Anerkennung durch Menschenrechtsrat und Generalversammlung wurde das Recht bereits von mehreren Stellen aufgegriffen und inhaltlich fortentwickelt. 2023 verabschiedete der Menschenrechtsrat eine Resolution zum Recht auf eine gesunde Umwelt und forderte darin unter anderem, die Verabschiedung umfassender Gesetze für den Klima- und Umweltschutz, ein vermehrtes Aufgreifen von Umweltthemen in der Schulbildung und

das Ergreifen konkreter Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität.

Auch der Ausschuss für die Rechte des Kindes, der mit der Überwachung der Umsetzung der Kinderrechtskonvention betraut ist, griff das Recht auf eine gesunde Umwelt 2023 in einer sogenannten „Allgemeinen Bemerkung“ auf. Der Ausschuss stellt darin fest, dass das Recht ein wichtiger Bestandteil bestehender Kinderrechte ist und benennt Maßnahmen, die sofort umgesetzt werden müssen, um das Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt zu wahren. Dazu gehören eine Verbesserung der Luftqualität, die Umstellung auf erneuerbare Energien und die Transformation der industriellen Landwirtschaft, um Unter- und Mangelernährung entgegenzuwirken. Auch der General Comment ist ein Exempel der Weiterentwicklung des Rechts auf eine gesunde Umwelt.

Wie kann die Fortentwicklung des Rechts gezielt vorangetrieben werden?

Primär sollte das Recht in allen relevanten internationalen Gremien durch die Formulierung und Unterstützung weiterer Resolutionen vorangebracht werden. Einzelne Staaten müssten abseits ihres Einflussbereichs in UN-Gremien im Rahmen internationaler Kontrollmechanismen darauf Bezug nehmen. Ein Instrument dafür stellt der Universal Periodic Review (UPR) dar. Der UPR ist ein Überprüfungsmechanismus des Menschenrechtsrates, in dem die Menschenrechtslage in jedem der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen alle viereinhalb Jahre unter die Lupe genommen wird. Im Einzelnen besteht dieser aus drei Berichten; einem Bericht des jeweils zu überprüfenden Staates, einem Bericht des Menschenrechtsrates zu allen relevanten Informationen aus dem UN-Menschenrechtssystem und einem Bericht, in dem Beiträge der Zivilgesellschaft zusammengefasst werden. Auf Grundlage dieser Dokumente und eines Austauschs mit dem zu überprüfenden Staat gibt der Menschenrechtsrat Empfehlungen ab, zu denen der Staat Stellung nehmen muss. Der UPR begünstigt damit eine zunehmende Selbstverpflichtung der Staaten.

Regionale Ebene

Neben dem internationalen Menschenrechtssystem gibt es regionale Menschenrechtssysteme, die separat voneinander und auch separat vom internationalen System funktionieren. Sie verfügen über andere vertragliche Grundlagen und andere Durchsetzungsmechanismen. Im interamerikanischen System ist das Recht schon etabliert und konnte in einigen Fällen bereits erfolgreich vor dem interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte eingeklagt werden. Im afrikanischen Menschenrechtssystem taucht es als Recht auf eine zufriedenstellende Umwelt in der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker (Art. 24) auf, ist jedoch als kollektiver Anspruch nur schwer einzufordern. Schließlich



Das Recht auf eine gesunde Umwelt hat eine wichtige Signalwirkung und ist Ausdruck der Erkenntnis, dass die Themenbereiche Umwelt und Menschenrechte sich gegenseitig bedingen. Zudem kann das Recht als eine Art „Auffangrecht“ fungieren, indem es Regelungslücken an der Schnittstelle von Umwelt- und Menschenrechtsthemen adressiert, die von bestehenden Menschenrechten nicht abgedeckt sind.

ist das Recht auf eine gesunde Umwelt auch in der Arabischen Menschenrechtscharta verankert (Art. 38). Das europäische ist das einzige der vier regionalen Menschenrechtssysteme, in dem das Recht noch nicht vorkommt.

Die Grundlage des europäischen Menschenrechtssystems bildet die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) mit ihren mittlerweile 14 Zusatzprotokollen. Der für die Einhaltung der EMRK zuständige Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Umweltbelange bisher vor allem als Bestandteile der Rechte auf Leben (Art. 2) und Privatsphäre (Art. 8) behandelt. Doch wie auf internationaler Ebene wurde auch im europäischen System ein Prozess angestoßen, das Recht auf eine gesunde Umwelt in den Menschenrechtskatalog mitaufzunehmen. 2021 verabschiedete die parlamentarische Versammlung des Europarates eine Resolution, in der die Verankerung des Rechts auf eine gesunde Umwelt in einem Zusatzprotokoll zur EMRK vorgeschlagen wird. Ein Jahr später empfahl auch das Ministerkomitee des Europarates die Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt in Erwägung zu ziehen und nahm dabei auf die Resolutionen des UN-Menschenrechtsrats sowie der Generalversammlung Bezug.

Mit zunehmender Konkretisierung und inhaltlicher Fortentwicklung wird das Recht auf eine gesunde Umwelt im internationalen, europäischen und nationalen Menschenrechtsdiskurs zunehmend politische und potenziell auch rechtliche Relevanz erfahren. Die Bundesregierung kann diesen Prozess vorantreiben, indem sie in den genannten Gremien auf internationaler und europäischer Ebene proaktiv agiert, die Fortentwicklung z.B. durch weitere Resolutionen unterstützt und die Implementierung des Rechts auch auf nationaler Ebene fördert. Grund-

sätzlich können Entwicklungen auf den verschiedenen Ebenen Einfluss aufeinander ausüben oder sogar Synergien entwickeln. So kann langfristig das Recht auf eine gesunde Umwelt zu einer politisch und rechtlich verbindlichen Norm werden, die das Handeln von Staaten bestimmt und auf deren Grundlage konkrete Maßnahmen zum Schutz der Umwelt eingefordert werden können.



Luzie Struchholz

Luzie Struchholz hat einen Master of Laws im Völkerrecht mit einem thematischen Schwerpunkt auf internationalem Menschenrechtsschutz. Derzeit ist sie Fellow bei der ifok GmbH und arbeitet zu Prozessen der Bürger:innenbeteiligung.

¹ UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und die Umwelt, UN Doc. A/HRC/37/59, „Framework Principles on Human Rights and the Environment“, 24. Januar 2018 (zuletzt abgerufen am 03.12.2023).



Alvaro Palacios/Unsplash

DEUTSCHE IGNORANZ GOING GLOBAL?

Multilaterale Wirtschafts- und Finanzpolitik in wirren Zeiten

Seltsame Zeiten sind das mal wieder. Während der Etat des Entwicklungsministeriums und damit auch das internationale Engagement Deutschlands aufgrund selbst auferlegter „Sparzwänge“ schrumpft, muss sich dasselbe Ministerium gegen falsche Behauptungen wehren, die es der Mittelverschwendung bezichtigen. Die nur scheinbar üppig für Fahrradinfrastruktur in Peru bereitgestellten Mittel sind ein Beispiel von vielen, die angeführt werden, ein altbekanntes Zerrbild von Deutschlands Rolle in Sachen globaler Zusammenarbeit und multilateraler Politik zu zeichnen: dem des Zahlmeisters. Doch das hat weder mit der eigenen Anspruchshaltung noch mit den politischen Realitäten viel zu tun. Im Gegenteil.

Mit **erstaunlicher Beständigkeit** wird von politischen Akteuren, in Parlamenten und auf der Straße, der Vorwurf erhoben, Deutschland sei der Zahlmeister – je nach Kontext in der Europäischen Union oder global. Als Belege dienen verzerrte und übertriebene Beispiele aus der Entwicklungszusammenarbeit oder auch rassistisch überformte Behauptungen über angeblich mit deutschen Steuergeldern finanzierte soziale Wohltaten. In Zeiten lauter geführter Diskussionen darüber,

wie man die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch – je nach politischer Couleur – Subventionen, Entlastungspakete und protektionistische Maßnahmen erhöhen könne, fallen solche Argumente auf fruchtbaren Boden. Zu dieser Sichtweise gesellt sich eine zweite, auch wenn sie weniger explizit ausbuchstabiert wird: Die Anspruchshaltung hierzulande gegenüber dem Rest der Welt wird in praktisch jedem Politikbereich stetig größer. Exemplarisch steht die Sicherung der Zugänge zu

Rohstoffen und Energieträgern ganz oben auf der Agenda, während weiter an einem Handelssystem gearbeitet wird, das die Spitzenposition Deutschlands in Sachen Exportüberschüssen schützen soll. In der Summe wird gefordert, die knappen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit noch stärker zur Förderung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Ambitionen einzusetzen.¹

Kurz gesagt wird eine Welt gewünscht, die alles Nötige bereitstellt, ohne dass dafür gleichermaßen Gegenleistungen erbracht werden müssten. Ein gutes Indiz dafür sind neben den Kürzungen im Entwicklungsetat auch die darin vorgenommenen Verschiebungen. Weniger Mittel werden aufgewendet für bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit im ursprünglichen Sinne, größeres Gewicht bekommen hingegen Ausgaben für sogenannte globale öffentliche Güter. Natürlich ist nichts dagegen zu sagen, dass sich die Bundesrepublik stark für den globalen Klima- und Artenschutz engagiert. Wenn das allerdings dazu führt, dass ganz konkrete Solidarität mit den Ärmsten zurückgefahren wird, läuft etwas gewaltig schief.

Diese Schieflage wird im Ausland genau zur Kenntnis genommen. Und sie verstärkt den realistischen Eindruck, dass eine Priorisierung deutscher Interessen zunimmt. Dass sich die Bundesregierung z.B. (erfolglos) gegen den Wunsch der großen Mehrheit der Länder des globalen Südens gesperrt hat, über Fragen der globalen Steuerpolitik eher bei den Vereinten Nationen zu diskutieren als im exklusiven Club der OECD, passt in dieses Schema.² Selbst auf den ersten Blick solidarische Maßnahmen wie die Bereitstellung von frischem Kapital für die Weltbank fällt in diese Kategorie, stärkt sie doch gleichzeitig den deutschen Einfluss in der Bank und geht mit einer Sonderstellung bei den Entscheidungen über die Verwendung dieser Mittel einher. Gerade die Bundesregierung hat sich für eine Erweiterung des Weltbankmandats auf den Schutz der globalen öffentlichen Güter eingesetzt. Das ist eine Prioritätenerweiterung, die von vielen Akteuren im Globalen Süden kritisch beäugt wird, weil sie befürchten, dass ihre Anliegen dadurch an Gewicht verlieren.³

Augenhöhe soll keine leere Floskel sein

In dieser Gemengelage hilft auch die Floskel von einer „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“ mit den Ländern des Globalen Südens nicht. Wer auf die Welt angewiesen ist wie Deutschland – egal ob politisch oder ökonomisch – muss seine multilaterale Politik daraufhin abklopfen, wo man den Partnern entgegenkommen kann und sollte. Dafür bieten sich gegenwärtig eine Reihe von Möglichkeiten, von denen viele nicht relevant sind für den Schutz der in ihrer aktuellen Form erwiesenermaßen unsinnigen und doch von vielen heißgeliebten Schuldenbremse.

Deutschland könnte sich einsetzen für globale Reformen, von denen es letztendlich sogar selbst

profitieren könnte. Beispiele wären u.a. die erwähnte verstärkte Zusammenarbeit in Sachen Steuern bei den Vereinten Nationen oder der Einsatz für die Schaffung eines regelbasierten und verlässlichen Staatsinsolvenzverfahrens, ebenfalls im Rahmen der UN. Weiterhin sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Entscheidungsstrukturen in zentralen Institutionen der Weltwirtschaft – allen voran in den sogenannten Bretton-Woods-Institutionen, als Weltbank und Internationaler Währungsfonds – „demokratisiert“ werden. Sprich: Die Stimmgewichte der Länder des Globalen Südens sollten vergrößert werden. Das wäre auch Voraussetzung dafür, dass die Instrumente dieser Institutionen stärker an den Interessen und Bedürfnissen der kleineren Ökonomien ausgerichtet werden und etwas von ihrem Charakter als Werkzeuge zur Sicherung der ökonomischen Dominanz der Industrieländer einbüßen. Natürlich geht es auch um Geld. Die Binsenweisheit, dass mit Entwicklungsetats allein keines der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 zu verwirklichen sein wird, darf keine Ausrede dafür sein, hier nicht wenigstens das Niveau von 2023 zu halten – und zwar real, also inflationsbereinigt. Schon das wäre zu wenig.

Dass sich die Bundesregierung in vielen dieser Fragen zu wenig bewegt, hat verschiedene Ursachen. Neben der Gleichsetzung von partikularen Unternehmens- mit nationalen Interessen geht es auch um die Frage, wie der wachsende Einfluss Chinas auf internationale Institutionen und Prozesse eingedämmt werden kann. Hier die eigene Position zu zementieren, könnte sich allerdings als Bumerang erweisen. Denn wer mächtige Akteure aus multilateralen Institutionen ausschließt bzw. ihren Einfluss dort künstlich klein hält, braucht sich nicht wundern, wenn diese sich andere Betätigungsfelder suchen. Man denke nur an den Staatenbund BRICS und die aus ihm hervorgehenden Institutionen. Es besteht damit die reale Möglichkeit, dass die Welt in verschiedene sich ggf. überlappende Multilateralismen zerfällt, was den globalen Einfluss u.a. Deutschlands eher einschränkt. Die tatsächliche Zusammenarbeit in globalen Institutionen mit der Möglichkeit, ge-



Natürlich ist nichts dagegen zu sagen, dass sich die Bundesrepublik stark für den globalen Klima- und Artenschutz engagiert. Wenn das allerdings dazu führt, dass ganz konkrete Solidarität mit den Ärmsten zurückgefahren wird, läuft etwas gewaltig schief.

meinsame Lösungen und Regeln zu erarbeiten, erscheint erfolgversprechender.

Anlässe für Politikwechsel gibt es zu Genüge

Politische Prozesse und Anlässe, sich in diesen und anderen Themen zu bewegen, gibt es bis zum Ende der aktuellen Legislatur zu Genüge. Bereits im November 2024 tagt in New York der „Summit of the Future“, bei dem es um nichts weniger als die Zukunft des Multilateralismus gehen soll. Gemeinsam mit Namibia leitet die Bundesregierung die Verhandlungen. Allerdings sieht es mit wirksamen Beschlüssen (noch) nicht gut aus, wie ein Blick in den ersten Entwurf des Abschlussdokuments verdeutlicht.⁴

Außerdem beginnen momentan die Vorbereitungen für die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (Financing for Development, FfD), die vom 30. Juni bis 3. Juli 2025 in Spanien stattfinden wird. Dieser Großanlass innerhalb des Anfang der 2000-er-Jahre (u.a. unter starker Beteiligung der Bundesregierung, worauf nun aufgebaut werden könnte) gestarteten FfD-Prozesses bietet die Möglichkeit, zu tatsächlichen Reformen der globalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur zu kommen. Im Februar 2024 entschieden die UN-Mitglieder über den (Verhandlungs-)Prozess in Vorbereitung auf die Konferenz. Während Details noch festzulegen sind, steht fest, dass die inhaltliche Arbeit in fünf einwöchigen Treffen bis Mitte 2025 abgeschlossen sein soll. Drei davon werden in New York und je eines in Mexiko und Äthiopien stattfinden.

Der FfD-Prozess bietet neben seinem inhaltlichen und politischen Potenzial auch für zivilgesellschaftliche Organisationen einige Möglichkeiten der Mitwirkung. Anders als bspw. beim „Summit of the Future“, bei dem die Staatenvertreter die Zügel fest in der Hand halten und lediglich Zurufe von außen zulassen, sitzen die im Civil Society Financing for Development Mechanism organisierten Akteure im FfD-Prozess nicht nur mit im Raum, sondern genießen verhältnismäßig weitreichende Beteiligungs- bzw. Rederechte.⁵ Das sollte neben der Breite der diskutierten Agenda und dem enormen Wirkungspotenzial für alle Bereiche nachhaltiger Entwicklung –

von der Armutsbekämpfung über wirtschaftliche Entwicklung bis zu Fragen des Klima- und Biodiversitätsschutzes und der Ausgestaltung politischer Entscheidungsstrukturen – Grund genug für viele sein, sich mit diesem Anlass auseinanderzusetzen.



Wolfgang Obenland

Wolfgang Obenland, der Autor leitet zusammen mit Nelly Grotefendt den Arbeitsbereich „Marktmacht und Finanzen“ beim Forum Umwelt & Entwicklung.

- 1 Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2024): Zeit für eine entwicklungspolitische Zeitenwende.
- 2 Vgl. Brot für die Welt (2024): Auf dem Weg zu globaler Steuergerechtigkeit.
- 3 Walle Y. M. & Brandi, C. (2023): The ongoing Reform of the World Band.
- 4 Vgl. Global Policy Watch (2023): 2024 UN Summit of the Future .
- 5 <https://csoforffd.org/>.



© Oliver Baldes

NEUSTART FÜR EIN NACHHALTIGES CHEMIKALIENMANAGEMENT?

Errungenschaften und Hürden des neuen Global Framework on Chemicals

Vom 25. – 29. September fand in Bonn die Weltchemikalienkonferenz statt, auf der ein neues Rahmenwerk zum internationalen Chemikalienmanagement verabschiedet wurde: „Global Framework on Chemicals – For a Planet Free of Harm from Chemicals“ (GFC, Globales Rahmenwerk über Chemikalien – Für einen Planeten ohne Schäden durch Chemikalien). Das neue globale Rahmenwerk ersetzt den bisherigen Ansatz und hat deutliche Verbesserungen erreicht, auch wenn das Rahmenwerk keine rechtliche Verbindlichkeit hat und rein freiwillig ist.

Offiziell trug die Bonner Konferenz den Titel „International Conference on Chemicals Management 5“ (ICCM5, Internationale Konferenz zum Chemikalienmanage-

ment 5). Die ICCM war das Entscheidungsgremium des bisherigen Strategischen Ansatzes für ein Internationales Chemikalienmanagement (SAICM, Strategic Approach to International Chemicals Ma-

agement). SAICM wurde 2006 unter dem Dach des Umweltprogramms der Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um bis 2020 einen nachhaltigen Umgang mit Chemikalien zu schaffen und war dabei nicht auf einzelne Stoffe oder Stoffgruppen beschränkt, sondern widmete sich allen Quellen toxischer Belastung. Der breite Geltungsbereich von SAICM sowie der Multistakeholderansatz räumten insbesondere der Zivilgesellschaft viele Handlungsmöglichkeiten ein und machten SAICM zu einem einzigartigen Ansatz. Mit den Verhandlungen für ein Folgeabkommen und dem Beschluss des GFC wurde dieser Ansatz erfolgreich weiterentwickelt.

Zähes Ringen um ein neues Abkommen

Bereits 2015 auf der ICCM4 war klar, dass das selbstgesteckte Ziel von SAICM bis 2020 nicht erreicht werden wird. Daher entschieden sich die Stakeholder bis zur ICCM5, die eigentlich für das Jahr 2020 angesetzt war, gemeinsam Empfehlungen für ein Folgeabkommen zu erarbeiten. In diesem sogenannten Intersessionalen Prozess verlief bis 2020 alles nach Plan. Doch mit der Corona-Pandemie konnten sowohl weitere Treffen des Intersessionalen Prozesses als auch die ICCM5 nicht im Jahr 2020 stattfinden. Zwar wurden verschiedene virtuelle Formate geschaffen, allerdings konnten diese keine Präsenzverhandlungen ersetzen. Erst 2022 ging es damit weiter und auch wenn die neue Dynamik für viele motivierend war, so zeigte sich doch, dass zum einen die Pause und zum anderen die großen inhaltlichen Diskrepanzen eine Hürde für die Erarbeitung der Empfehlungen darstellen würden. So mussten drei weitere Treffen vor der für September 2023 angekündigten ICCM5 stattfinden, um einen verhandelbaren Textentwurf für das neue Abkommen zu haben. In der Woche der ICCM5 wurden dann nicht nur der Kerntext des neuen Abkommens zu Ende verhandelt, sondern auch eine neue High-Level-Deklaration, etliche Resolutionen und ein Finanzierungsmechanismus. Auch wenn einige Punkte vordiskutiert wurden, bedeutete dies während der Woche der Weltchemikalienkonferenz eine enorme Menge Arbeit. Durch die hohe Arbeitslast und die vielen parallelen Verhandlungen wirkte der Prozess zu Teilen sehr chaotisch.

Große Erfolge am Ende

Das neue Globale Rahmenwerk wurde schlussendlich in den frühen Morgenstunden des Samstags zu Ende verhandelt und am Vormittag fiel der Hammer. Bis kurz vor Ende war nicht zu hundertprozentig sicher, ob sich nicht noch Regionen oder Stakeholder sperren, da insbesondere der Finanzierungsmechanismus, aber auch das Ambitionslevel bis zuletzt große Streitpunkte bildeten. Obwohl bereits viele Delegierte abreisen mussten, da das Ende der Konferenz ursprünglich für Freitag anberaumt war, wurde das Global Framework on Chemicals schließlich doch erfolgreich verabschiedet.

Das neue Rahmenwerk besteht aus vier Bausteinen: dem Kerntext des Rahmenwerks, der Bonn-Deklaration, einem dezidierten Fonds zur Unterstützung des Rahmenwerkes und einer Reihe von Resolutionen. Das GFC als Rahmenabkommen gibt 28 Ziele und Handlungsstrategien vor, ohne diese im Detail auszubuchstabieren – ähnlich wie das globale Biodiversitätsabkommen oder das Klimaabkommen. Der Zielkatalog kann als Erfolg gewertet werden, insofern Konkretisierungen gegenüber SAICM geschaffen wurden. Die meisten Ziele orientieren sich an der Zeitlinie der Agenda 2030 und sollen damit bis 2030 erreicht werden. Bei einigen Zielen liegt die Marke jedoch erst im Jahr 2035. Der Zielkatalog bildet eine Bandbreite an Aktivitäten ab. Eine Vielzahl der ambitionierten Ziele wird durch Hintertüren oder übliche Phrasen des UN-Jargons abgeschwächt. Dennoch sind sie Teil des Rahmenwerks und bieten einen Hebel, um Druck auf Staaten und andere Stakeholder auszuüben. Künftig müssen für jedes Ziel Indikatoren festgelegt werden.

Als weiterer großer Erfolg gilt, dass die unter SAICM geschaffenen Schwerpunktthemen im GFC erhalten bleiben. Da die Schwerpunktthemen unter SAICM keinen geregelten Arbeitsplänen oder Handlungsanweisungen unterlagen und vorrangig das Thema Blei in Farben über verschiedene Projekte adressiert wurde, ist die Erarbeitung ebendieser in der Resolution erhalten. Ein wichtiger Schritt, die Schwerpunktthemen endlich adäquat zu adressieren.

Zum Kerntext gibt es ein Paket mit wichtigen Resolutionen, die beschlossen wurden. So wurde bspw. eine Globale Allianz zu hochgefährlichen Pestiziden gegründet, die im Kern die Nutzung dieser Gruppe von Pestiziden bis 2035 beenden will. Eine weitere Resolution zu Gender und Chemikalien forciert die Erarbeitung eines Gender Action Plans in naher Zukunft. Auch das Monitoring von Gesundheitsauswirkungen durch Chemikalien wurde durch eine Resolution gestärkt. Alle Resolutionen sind maßgeblich durch die Arbeiten und Anstrengungen von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen entstanden.

High-Level-Commitment – Die Bonn-Deklaration

Die Bonn-Deklaration ersetzt die Dubai-Deklaration unter SAICM und soll zusätzlich zum Kerntext und den Resolutionen vor allem die Verbindlichkeit der verschiedenen Stakeholder festhalten. Bei der Bonn-Deklaration handelt es sich um ein ambitionierteres Werk. Zu Beginn wird deutlich gemacht, dass chemische Verschmutzung die größte Ursache für Krankheiten und vorzeitige Tode ist. Außerdem wird die Wechselwirkung der drei großen Umweltkrisen anerkannt und deren gemeinsame Lösung als Ziel proklamiert. Neben dieser bedeutsamen Grundprämisse verweist die Deklaration auch auf wichtige Schritte wie die Schaffung von nationalen Regularien, die Entwicklung von nicht-chemischen



Die chemische Verschmutzung muss genauso viel Aufmerksamkeit erfahren wie der Klimawandel und der Biodiversitätsverlust, weil die drei Krisen sich nur gemeinsam lösen lassen.

und sicheren Alternativen oder das Bekenntnis, dass Recycling und damit eine Kreislaufwirtschaft nur ohne schädliche Chemikalien funktionieren.

Ein neuer Finanzierungsmechanismus

Die Diskussionen um die künftige Finanzierung waren in den Verhandlungen der Punkt, der sich am schwierigsten gestaltete. SAICM erreichte sein Ziel v.a. aufgrund chronischer Unterfinanzierung nicht. Um die Finanzierungslücke zu schließen, haben in der Vergangenheit NGOs den Vorschlag erarbeitet, eine internationale Abgabe auf die Umsätze aus der Produktion von den 13 Grundchemikalien zu erheben. 0,5 % der Umsätze würden demnach für eine solide Finanzierung reichen.¹ Dieser Vorschlag wurde von der afrikanischen Region in abgeschwächter Form übernommen, setzte sich aber nicht durch. Darüber sollte die Involvierung der Industrie und eine entsprechende Verantwortungsübernahme gewährleistet werden – eine von drei Säulen des integrierten Finanzierungsmechanismus neben dem Mainstreaming und der Schaffung eines dezidierten Fonds. Auch wenn die Beiträge der Industrie nicht konkret geregelt sind, konnte der integrierte Ansatz durchgesetzt werden, inklusive des dezidierten Fonds. Dieser wurde von der Bundesregierung mit 20 Millionen Euro ausgestattet und wartet nun darauf, dass weitere Geberländer einzahlen. Dass der Fonds geschaffen wurde, bedeutet im Vergleich zu SAICM eine erhebliche Verbesserung und einen großen Verhandlungserfolg, auch wenn dieser wie auch der restliche Finanzierungsmechanismus rein freiwillig bleiben.

Nächste Schritte

Das neue Abkommen wurde in Bonn beschlossen und ist in Kraft getreten. Damit ist der Prozess jedoch nicht abgeschlossen, sondern geht in die nächste Arbeitsphase über. Für 2026 ist die nächste internationale Chemikalienkonferenz angesetzt. Die Beschlüsse der Resolutionen werden sicher nicht in Gänze umgesetzt, dennoch müssen wichtige Schritte bis dahin unternommen sein. Neben der Arbeit mit dem neuen Rahmenwerk braucht es weiterhin dringend eine Verankerung des sicheren Umgangs mit Chemikalien auf der politischen Agenda. Die

chemische Verschmutzung muss genauso viel Aufmerksamkeit erfahren wie der Klimawandel und der Biodiversitätsverlust, weil die drei Krisen sich nur gemeinsam lösen lassen.

Trotz aller Erfolge und Verbesserungen muss kritisch betrachtet werden, dass ein rein freiwilliger Ansatz, der Lücken und Ausweichmechanismen bietet, die zunehmende Belastung von Mensch und Umwelt mit Chemikalien und Abfällen nur bedingt mindern kann. Gegen verbindliche Vorgaben sperren sich jedoch mehrere Staaten.



Tom Kurz

Tom Kurz ist Referent für internationale Chemikalienpolitik im Forum Umwelt und Entwicklung und koordiniert die deutsche Zivilgesellschaft zur ICCM5.

¹ CIEL & IPEN (2020): Financing the sound management of chemicals beyond 2020: options for a coordinated tax.



© László Maráz

BÄUME FÄLLEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ?

Holzöfen – die heimeligen Luftverpester

Ein guter Teil der aktuellen Waldkrise muss inzwischen als direkte Folge der begonnenen Klimakatastrophe verstanden werden. Auch für Klimaforscher:innen kam die Häufigkeit und Schwere der Ereignisse und die starke Zunahme der globalen Temperaturen überraschend. Doch die Menschheit macht einfach weiter. Das gilt auch für die Forst- und Holzwirtschaft, deren pflegebedürftige Fichten- und Kiefernplantagen von den Dürre- und Hitzeperioden weitaus am stärksten betroffen sind.

Innerhalb Deutschlands reichen selbst die gut 600.000 Hektar total geschädigter Forstflächen nicht aus, um von der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wenigstens wirksamen Klimaschutz einzufordern. Schlimmer noch: Die Klimakrise wird von vielen der Akteure als Argument dafür missbraucht, das gewohnte Geschäft fortzuführen und für mehr Holzabsatz zu werben. Slogans wie „Bäume fällen für den Klimaschutz“, „Holz rettet Klima“ oder „Ohne Brennholz sterben unsere Wälder“ sind an jeder Ecke zu lesen.

Wer solche durchsichtigen Parolen für bare Münze nimmt, dem ist nicht zu helfen. Selten wurden so

viele Bäume gefällt wie heute, die Konzentration der Treibhausgase nimmt dennoch weiter zu. Warum ausgerechnet Holz das Klima retten soll, erschließt sich nach vielen Jahrhunderten der Holzverwendung auch nicht. Und wie die Wälder ohne Brennholznutzung über die letzten Jahrtausende kommen konnten, ist ein Rätsel, das die Ofenlobby gemeinsam mit den Holzanbietern gerne einmal auflösen könnte.

Was von den Wäldern erwartet wird, können diese gar nicht leisten

Die Werbung für den Verkauf jeder Art von Holzwaren mit dem Argument, man helfe damit dem Kli-

maschutz, ist seit Jahren in wesentlichen Teilen vor allem eine grobe Irreführung. Einzige Ausnahme: Besonders langlebige Holzprodukte, etwa für den Bau, oder hochwertige Waren verursachen immerhin nur recht geringe Emissionen und schaden dem Klima viel weniger als die meisten vergleichbaren Waren aus anderen Materialien. Holzbau ist daher eine gute Sache. Dass Wälder aber „unsere besten Klimaschützer“ seien, wie besonders Waldbesitzerverbände behaupten, deutet lediglich darauf hin, dass der Mensch bislang beim Klimaschutz weitgehend versagt. Wälder können unsere fossilen Emissionen gar nicht aufnehmen: Sie hätten genug damit zu tun, den Kohlenstoff wieder aufzunehmen, den wir ihnen zuvor durch Rodung und Degradierung weggenommen haben. Wenn wir sie denn ließen.

Ärgerlich ist aber, dass der Einfluss der Waldbewirtschaftung und der Holzvermarktung auf das Klima regelmäßig maßlos übertrieben wird. Vor allem durch das Verschweigen des Energieaufwandes beim Transport und der Verarbeitung von Holzprodukten wird mutwillige Desinformation betrieben. So hat die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe eine bunte, anschauliche Grafik über die „Kreislaufwirtschaft der Holznutzung“ veröffentlicht.¹ Die anschauliche Illustration beschreibt den Weg geernteten Holzes recht schön. Am Ende wird sogar beschrieben, dass die Verbrennung der Holzreste exakt genauso viel Kohlendioxid emittiert wie dieselbe Holzmenge, die man auch ungenutzt im Wald verrotten lassen könnte. Folglich ist, so wird suggeriert, die gesamte Holzverwendung klimaneutral. Zu beachten ist auch, dass die Emissionen bei der Verbrennung sofort anfallen, während bei der langsamen Verrottung von Biomasse im Wald die Treibhausgase stark verzögert emittiert werden und als Nahrung und Lebensraum für Milliarden von Organismen zur Verfügung stehen.

Was in der umfangreichen Grafik fehlt: der Einsatz von Maschinen, Rohstoffen und Energie, die den Kreislauf in Schwung hält. Nicht umsonst finden sich etwa 250 Betriebe der holzverarbeitenden Wirtschaft als sogenannte energieintensive Unternehmen in der entsprechenden Auflistung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.² Ähnliche Schaubilder und Filmchen, in denen die angebliche Klimafreundlichkeit der Holznutzung so irreführend illustriert wird, finden sich nicht selten bei entsprechenden Lobbyverbänden.

Dies soll keine Kritik an Holznutzung per se sein. Die Kritik richtet sich nur an die weitgehend haltlosen Werbeversprechen zahlreicher Akteure.

Kettenraucher im Wohnzimmer

Eines der schlimmsten, bisher aber leider wenig ernst genommenen Probleme stellt der Betrieb von Millionen von einfachen Holzöfen dar. Im Rahmen einer Stellungnahme der Leopoldina³ beschrieb unter anderem Professor Achim Dittler schon 2019 eindrücklich die hohe Belastung der Atemluft mit

Feinstaubpartikeln und anderen gesundheitsgefährlichen Emissionen aus den Holzfeuerungsanlagen. Zwar betonen Branchenvertreter der Ofen- und Brennholzwirtschaft, dass bei „modernen“ Feuerungsanlagen und „sachgemäßem Betrieb“ die Luftverschmutzung stark verringert werden könne. Die Realität sieht aber anders aus. Der größte Fehlerfaktor ist der Mensch. Vor allem Kaminöfen und andere mit Holzscheiten bestückte Öfen sind kaum so präzise zu steuern, dass nicht ganze Nachbarschaften im Winterhalbjahr mit dermaßen hohen Mengen an Luftschadstoffen belastet werden, dass Lüftung ohne entsprechende Filteranlagen nicht mehr möglich ist.

Schlimmer noch: Dänische Expert:innen berichten von höchsten Schadstoffkonzentrationen im Innenraum, die jene von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Grenzwerte oft um ein Vielfaches übersteigt. Ohnehin ist die Effizienz solcher Öfen miserabel: Die meiste Wärme entweicht durch den Schornstein. Das heimelige Gefühl vor dem flackernden, wärmenden Kaminfeuer täuscht darüber hinweg, dass man sich und seine Familie dabei permanent mit Rauchgasen und Feinstaub belastet. Die dringende Empfehlung lautet daher, solche Öfen umgehend stillzulegen!⁴

Da die bisherigen Kontrollen durch die Schornsteinfeger:innen von vielen Betroffenen als reine Farce bezeichnet werden, wird es Zeit, durch echte Kontrollen die Erfüllung bereits bestehender Vorschriften sicherzustellen. Helfen würde auch der Abbau aller Subventionen für die energetische Holznutzung. Den Verbrauch knapper Ressourcen mit Steuergeldern zu fördern, ist ohnehin absurd. Eine stoffliche Holzverwendung ist in den allermeisten Fällen sowohl für den Wald, vor allem aber auch für den Klimaschutz die bessere Option.



László Maráz

László Maráz ist Referent für Waldpolitik im Forum Umwelt und Entwicklung.

- 1 FNR (2023): Kreislaufwirtschaft der Holznutzung.
- 2 Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (2022): Unternehmen bzw. Unternehmensteile, die im Jahr 2022 an den aufgelisteten Abnahmestellen von der Besonderen Ausgleichsregelung profitieren.
- 3 Leopoldina (2019): Saubere Luft. Stickoxide und Feinstaub in der Atemluft: Grundlagen und Empfehlungen.
- 4 Healthy Indoor Environment (2023): Pollution inside houses with wood stoves.



HANDLUNGSBEDARF FÜR EINE ERFOLGREICHE NATIONALE KREISLAUFWIRTSCHAFTSSTRATEGIE

Impulse auf dem Weg zur NKWS (Bündnis Ressourcenwende)

Das Bundesumweltministerium arbeitet an einer Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS), um die Umstellung auf eine kreislaforientierte Wirtschaft zu fördern. Obwohl ein breiter Beteiligungsprozess eingeleitet wurde, besteht die Sorge, dass die endgültige Strategie nicht die gewünschte Wirkung entfaltet. Um das volle Potenzial der NKWS auszuschöpfen müssen verbindliche Ziele, sektorübergreifende Maßnah-

men und ein Ressourcenschutzgesetz mit Überwachungsmechanismen und Sanktionen einbezogen werden. Letzteres ist entscheidend, um den Ressourcenverbrauch auf eine nachhaltige und gerechte Weise zu reduzieren.

Download unter:
<https://www.forumue.de/handlungsbedarf-fuer-eine-erfolgreiche-nationale-kreislaufwirtschaftsstrategie/>



KEINE DEREGULIERUNG NEUER GENTECHNIKVERFAHREN

Recht auf gentechnikfreie Erzeugung, Wahlfreiheit und Vorsorgeprinzip sichern

Das Positionspapier fordert die Ablehnung des EU-Kommissionsvorschlags zur Deregulierung neuer Gentechnikverfahren aufgrund der Bedrohung der Freiheit der EU-Bürger:innen und der gentechnikfreien Lebensmittelherstellung. Die Aufweichung des Gentechnikrechts könnte zu unkontrollierter Einführung nicht regulierter ge-

netisch veränderter Pflanzen, die Umwelt, Gesundheit und Biodiversität gefährden, sowie zu einer weiteren Konzentration des Saatgutmarktes auf wenige Konzerne führen.

Download unter:
https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2023/11/Positionspapier_NGT.pdf



6-PUNKTE-PLAN FÜR DIE SOZIALGERECHTE AGRARWENDE UND GUTES ESSEN FÜR ALLE

Kampagne Meine Landwirtschaft

Angesichts wachsender Ungerechtigkeit in den Agrar- und Ernährungssystemen fordern über 100 Organisationen eine Politik, die faire Preise, Umweltschutz, gerechte Verteilung des Wohlstands und demokratisches Zusammenleben vereint. Sechs konkrete Forderungen werden gestellt, darunter Maßnahmen zur Sicherstellung gesunder Ernäh-

rung, fairer Preise für Produzent:innen, gerechter Löhne, sozialer Umverteilung, Reduzierung von Lebensmittelverschwendung und Beendigung der Hungerkrise.

Download unter:
https://www.wir-haben-es-satt.de/fileadmin/user_upload/demo_23/6-punkte-plan_fuer_gutes_essen_fuer_alle.pdf



DER KRITISCHE AGRARBERICHT Wald – der grüne Patient

Agrar Bündnis

Die globale Waldkrise hat sich 2023 durch die drastische Verschärfung der Klimakrise weltweit ausgebreitet, während effektive Gegenmaßnahmen fehlen. Trotz vermehrter Rodungen und Brände sowie hektischer Betriebsamkeit in der Forstwirtschaft fehlt eine echte Umkehr, während die Situation in Brasilien unter der neuen Präsidentschaft

besonders spannend ist und eine gemeinsame Initiative verschiedener Akteure für die Wälder offenbleibt.

Download unter:
https://kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2024/KAB_2024_217_226_Maraz.pdf

Weitere Publikationen und Veranstaltungen des Forum Umwelt & Entwicklung finden Sie auf unserer Homepage www.forumue.de und bei Twitter [@ForumUE](https://twitter.com/ForumUE)

Bestellungen online oder postalisch an:

Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, E-Mail: info@forumue.de



EU Politik

EU Chemikalien- strategie	EU Plastik- strategie	REACH	EU-Rechts- vorschriften für Spielzeug	News
				

www.hej-support.org/eu-policy-outreach

Die umweltpolitischen Entwicklungen in der EU umfassen zahlreiche neue Richtlinien und Verordnungen, die regelmäßig überarbeitet werden. Die neue Website von HEJSupport hilft Ihnen, auf dem Laufenden zu bleiben, wobei Chemikalien und die Abfallpolitik im Vordergrund stehen.